

# DP

**DEUTSCHE POLIZEI**

04/20

Das Magazin  
der Gewerkschaft  
der Polizei



## Woher kommt bloß der Hass auf uns?

Zwei Generationen im Gespräch.



# Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft  
der Polizei**

**PVAG** Die Polizeiversicherung der  
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



**Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.**

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein. Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

**GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!**

[www.gdp.de](http://www.gdp.de) – Telefon 030 3999210 – [gdp-bund-berlin@gdp.de](mailto:gdp-bund-berlin@gdp.de)

[www.pvag.de](http://www.pvag.de) – Telefon 0231 1352551 – [polizei-info@pvag.de](mailto:polizei-info@pvag.de)

**IN EIGENER SACHE**

Nur wenige Tage nach Redaktionsschluss der DP-März-Ausgabe erhielten wir die traurige Nachricht vom plötzlichen Tod unseres Sachsen-Anhalter Kollegen Ingo Neubert. Ingo ist 51 Jahre alt geworden. Seinen Kollegen zufolge war er mit Leib und Seele Schutzpolizist. Im November 2011 wurde er in den Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Sachsen-Anhalt gewählt und setzte sich seit 2015 auch im Polizeihauptpersonalrat für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein.

Auch die Redaktion hatte mit Ingo während des Redaktionsschlusses noch telefonischen Kontakt. Schließlich ging es um die Personalratswahlen, bei denen er für die GdP als Spitzenkandidat antreten wollte.

Unsere aufrichtige Anteilnahme entbieten wir den Angehörigen unseres so jung verstorbenen Kollegen.

Nun hat der Landesvorstand Rolf Gumpert bestimmt. Der 52-Jährige Familienvater von zwei Kindern wirkt seit 2015 in Vorständen von Personalräten auf den Ebenen des örtlichen und des Stufenpersonalrats in Halle. Seit 2018 ist er im Vorstand des Polizeihauptpersonalrats im Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt tätig.

Lieber Rolf, wir wünschen Dir viel Glück und Erfolg.



Foto: CandyPictures

**IN DIESER AUSGABE**

**RESPEKT**

Wir haben GdP-Kolleginnen und -Kollegen gefragt, was Respekt für sie bedeutet. Lange überlegen mussten sie nicht. Christian, 45 Jahre alt, sagte zum Beispiel: „Respekt ist für mich, auch bei völlig unterschiedlichen Positionen im Miteinander sachlich zu bleiben und eine Streitkultur zu pflegen, die die Argumente des anderen zulässt.“

**Titel**

- 2 „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“
- 4 „Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf!“
- 7 Da geht dir richtig die Pumpe
- 10 Gemeinsam gegen Extremismus

**Hilfreich**

- 12 Wenn der Boden dünner wird
- 36 Werbungskosten senken die Steuerlast

**Innenleben**

- 15 Tauglichkeit im Blick
- 16 70 Jahre GdP
- 18 Geschichtsausflug

**Hingeschaut**

- 25 Das Diktat der Schuldenbremse
- 26 Wie war es eigentlich 1989?
- 33 Drei Ziele im Visier 

**Kommentiert**

- 35 (K)ein großer Wurf?

**Im Gespräch**

- 22 „Man braucht einen langen Atem“

**Vor Ort**

- 14 Für die Demokratie auf die Straße
- 20 Führungspositionen müssen weiblicher werden

**Soziale Medien**

- 37 Was das Netz bewegt ...

**Buchtipps**

- 32 Mobbing! Ursachen, Schutz und Abhilfe
- 40 Was machen wir bei der Polizei?

**Termine**

- 40 VelsPol lädt zum Bundesseminar

**Forum**

- 38 Lesermeinung
- 40 Impressum

**KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS**

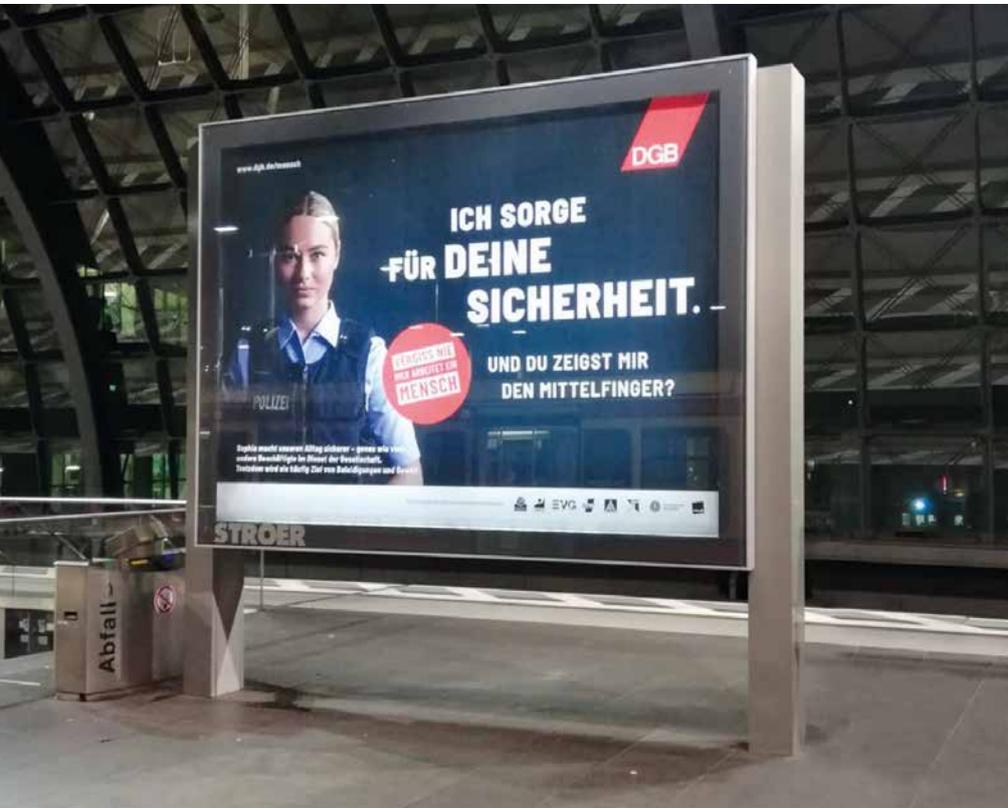
**Der Coronavirus ist mittlerweile Teil unseres Alltags. Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe mahnte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zur Besonnenheit. Ein „gesellschaftliches Reizklima“ sei zu spüren, Worte seien bedachtsam zu wählen und auf ihre Folgen zu prüfen, betonte GdP-Bundesvize Jörg Radek. Das gelte sowohl für den Bereich der Verwaltungen, die wirtschaftliche Situation, die Versorgungslage als auch für Freizeitaktivitäten wie den Besuch von Großveranstaltungen. „Einsatzanlässe für die Polizei müssen minimiert werden“, forderte Radek. Liebe Leserschaft, bleibt gesund!**

## Titel

ERTUĞRUL, 31 JAHRE

### RESPEKT

ist für mich, dass man jedem auf Augenhöhe begegnet, unabhängig davon, welche Funktion oder welches Amt diese Person ausübt.



Schnappschuss aus der S-Bahn: Das Polizei-Megalight-Motiv am Berliner Hauptbahnhof.

### RESPEKT-INITIATIVE DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

# „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“

Mai 2018: Die Delegierten des 21. Parlaments der Arbeit trafen sich in Berlin zum Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Der Antrag „A013: Gewalt gegen Beschäftigte öD“ des Antragstellers Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird aufgerufen, beraten und in marginal geänderter Fassung angenommen. Noch nicht einmal zwei Jahre später startet die bundesweite DGB-Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“

**Michael Zielasko**

Was wurde beschlossen? Der Wortlaut: „Die in den letzten beiden Jahren vom DGB durchgeführten Veranstaltungen zum Thema ‚Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes‘ haben unmissverständlich klar gemacht, dass physische und psychische Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ein erhebliches berufsgruppenübergreifendes Problem darstellen.“

Der DGB-Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, zu prüfen, wie eine Kampagne entwickelt werden kann, die zum Ziel hat, den Respekt für die Beschäftigten, die für Sicherheit, Ordnung und öffentliche Dienstleistungen sorgen, nachhaltig zu stärken.“

### Vielfältige Gewalterfahrungen

Zum Auftakt der jetzigen Initiative trafen sich im Februar rund 150 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, darunter etwa 40 GdP-Kolleginnen und -Kollegen, auf Einladung des DGB in den Räumlichkeiten der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung. Beschäftigte berichteten dort über eigene Erfahrungen von erlittener körperlicher wie seelischer Gewalt. In zwei Workshops erörterten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Ursachen und Anlässe für Ausbrüche ihres Gegenübers. Die Gelsenkirchener Polizeipräsidentin Britta Zur stellte fest, dass Gewalt gegen Beschäftigte, die im Dienst der Gesellschaft stünden, mittlerweile ein „Volksport“ sei. (Einen Beitrag von Britta Zur finden Interessierte auf der Seite 4.)

Auch was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, wurde nicht gekleckert. 60.000 Plakate in zwei Formaten, 5.000 Faktenbücher, 7.500 Flyer und Postkarten sowie 10.000 Buttons und 5.000 Stressbälle fanden Abnehmer und Betrachter. Dazu kamen noch 39 Großbanner für Gewerkschaftshäuser. 307 sogenannte Megalights, also Werbemedien mit langer Betrachtungsdauer, hingen in 22 Städten. Darunter auch das Polizeimotiv, dem die 24-jährige Bundespolizistin Sophie ihr Gesicht verlieh. Die Kampagne soll bis Ende 2021 andauern.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende und Gastgeberin Elke Hannack nannte die Ergebnisse einer im Vorfeld durchgeführten Befragung zur „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen und privatisierten Sektors“



Der DGB startete am 19. Februar eine wirkungsstarke Initiative mit einer bundesweiten Plakatierung und Infoveranstaltungen. Die Motive sind einprägsam. Ein Busfahrer, eine Polizistin, ein Feuerwehrmann, eine Krankenschwester und weitere Beschäftigte sprechen Respektlosigkeit sowie Gewalt in ihrer Arbeitswelt an und erinnern die Betrachterinnen und Betrachter: „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“

besorgniserregend. 67 Prozent der Befragten gaben an, sie seien in den vergangenen beiden Jahren Opfer von Respektlosigkeit und Gewalt geworden. 57 Prozent berichteten, dass die Gewalt zugenommen habe. Die Übergriffe reichten von Beleidigungen bis zur Bedrohung mit Waffen.

„Das sind erschütternde Zahlen. Sie zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Wir werden auf die Innenminister zugehen, um hier eine Verbesserung zu erreichen und die Beschäftigten besser zu schützen“, kündigte Hannack an. Die Übergriffe müssten endlich insgesamt erfasst werden – sowohl für den öffentlichen als auch den privatisierten Sektor. Nur auf Grundlage einer soliden Datenbasis ließen sich Prävention und Nachsorge effektiv stärken, betonte sie. Auch sollten alle Vorgesetzten aufmerksamer sein und betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ernst nehmen. „Zu oft wird das Thema ignoriert, das zeigen unsere Umfrageergebnisse“, betonte die Gewerkschafterin. Demnach wird mehr als jeder dritte Vorfall den Vorgesetzten gar nicht gemeldet, weil die Betroffenen sich davon nichts versprechen.



Kampagnen-Gesicht Sophie im Gespräch mit GdP-Vize Jörg Radek.

## Deutliches Signal gegen zunehmende Respektlosigkeit

Klare Kante zeigte auch der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek. Er nannte die in den vergangenen Jahren zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigten nicht länger hinnehmbar. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn oder auf Feuerwehrleute und Rettungssanitäter seien ein alarmierendes Signal an die Politik, deutlich mehr für deren Sicherheit zu unternehmen. Radek sagte: „Tatenlosigkeit und leere Versprechungen der Regierenden sind fehl am Platze, wenn sich immer mehr Beschäftigte, die wichtige Dienstleistungen erbringen, sich im Berufsalltag nicht mehr sicher fühlen.“ Vor dem Hintergrund der zunehmenden Aggressivität brauche es gesellschaftliche Solidarität gegen Hass und Gewalt und mit denen, die Ordnung und Sicherheit gewährleisten. ■



Die GdP-Delegation auf den Stufen der Berliner Heinrich-Böll-Stiftung.

## Titel

WULF, 54 JAHRE

**RESPEKT**

ist für mich  
die Grundlage  
des sozialen  
Miteinanders.

### GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

# „Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf!“

Britta Zur ist erst seit Ende Dezember Polizeipräsidentin von Gelsenkirchen – mit 39 Jahren die jüngste in Nordrhein-Westfalen (NRW) und auch in Deutschland. Schon zuvor hat sie als Staatsanwältin entschlossen für die Rechte aller gekämpft, die sich für das Gemeinwohl einsetzen und dabei häufig Anfeindungen, Beleidigungen und tätlichen Übergriffen ausgesetzt sind. Wie macht sie das?

### Britta Zur

Bevor ich Polizeipräsidentin wurde, habe ich zwölf Jahre bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf gearbeitet, die letzten anderthalb Jahre auch als Pressesprecherin. Im September 2018 gründete ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen eine Abteilung, die sich ausschließlich mit der Gewalt gegen Einsatzkräfte beschäftigte. Den Begriff Einsatzkräfte haben wir direkt sehr weit gefasst, da wir alle Menschen schützen wollten, die Aufgaben der öffentlichen Hand wahrnehmen und in irgendeiner Form von Angriffen – welcher Art auch immer – betroffen sein könnten. Das sind neben Polizeibeamten beispielsweise Lehrer, Gerichtsvollzieher, Bademeister, Schaffner oder Feuerwehrleute. Wir hatten es uns damals zum Ziel gemacht, wirklich eine „Null-Toleranz-Linie“ zu fahren, sei es bei Angriffen verbaler oder auch körperlicher Natur.

### Anklagequote von rund 70 Prozent

Im Durchschnitt werden in NRW bezogen auf alle Deliktsbereiche etwa 20 Prozent angeklagt. Das heißt, dass etwa jedes fünfte Verfahren am Ende vor Gericht landet. Mit unserer Sonderabteilung hatten wir zuletzt eine Anklagequote von rund 70 Prozent. Relativ gesehen haben bei uns also wesentlich mehr Anzeigen auch zu einem Verfahren vor Gericht geführt. Selbstverständlich haben wir dabei immer verhältnismäßig agiert und nur Anklage erhoben, wenn auch begründet von einer erfolgreichen Verurteilung auszugehen war.

Beispielsweise wurden Taten nicht angeklagt, bei denen der Aufenthaltsort der Täter unbekannt war, wir keine örtliche Zu-

ständigkeit hatten oder aber der Täter aller Voraussicht nach schuldunfähig war. Ansonsten klagten wir tatsächlich alles an, was irgendwie ging. Wir vertraten den Standpunkt, dass es Sinn und Zweck einer solchen Sonderabteilung sein muss, hart durchzugreifen. Ziel war es, die Verfahren, in denen öffentlich Bedienstete Opfer wurden, gebündelt, nachhaltig und intensiv, vor allem aber schnell zu erfassen und anzuklagen.

Zu Beginn hatten meine Kollegen und ich noch keine Vorstellung davon, wie viele Verfahren uns tatsächlich erwarten würden, da es dazu zuvor keine belastbaren Statistiken gab. Nachdem ich zunächst alleine versucht hatte, der Menge an Verfahren Herr zu werden, jedoch schnell merkte, dass das nicht möglich war, haben wir zuletzt zu fünf – das heißt mit drei Staatsanwälten und zwei Amtsanwälten – in dieser Sonderabteilung gearbeitet. Pro Jahr konnten wir so circa 1.600 Verfahren bearbeiten, eine sehr hohe Zahl und: alleine im Amtsbezirk Düsseldorf.

### Keine „typischen Täter“

Ich konnte eindeutig feststellen, dass Übergriffe gegen öffentlich Bedienstete ein sehr häufiges Phänomen sind und, dass es keinen „typischen“ Täter gibt. Natürlich gibt es im Bereich der Düsseldorfer Altstadt den jungen, männlichen Erwachsenen, der am Wochenende feiern geht, zu viel Alkohol trinkt und sich daneben benimmt. Aber wir hatten auch Anwälte und Ärzte, denen es in der Schlange am Flughafen nicht schnell genug ging und die dann ausfallend wurden, oder Hausfrauen, die im Rahmen einer Verkehrskontrolle Polizeibeamte grundlos beschimpften.

Das ist also tatsächlich ein Deliktsbereich, den wir an allen Ecken und Enden der Gesellschaft beobachten können. Es ist leider „Volkssport“ geworden, öffentlich Bedienstete herabzuwürdigen, zu beleidigen oder gar anzugreifen.

Die Einrichtung dieser Sonderabteilung in Düsseldorf hatte Vorbildcharakter und war eine der ersten im Land. Aus heutiger Sicht kann ich sagen, dass dieses Modell überaus erfolgreich ist und sich alle Mühen, diese aufzubauen, gelohnt haben. Die Gerichte waren am Anfang natürlich erstaunt, dass plötzlich so viele Anklagen bei ihnen auf dem Tisch lagen. Immer wieder kam von dort auch die Frage, ob die Anklagen tat-

„Die Gerichte waren am Anfang natürlich erstaunt, dass plötzlich so viele Anklagen bei ihnen auf dem Tisch lagen.

sächlich auch zur Entscheidung gebracht werden sollen oder man die Verfahren nicht anders erledigen könne. Uns war aber klar, dass wir grundsätzlich keine Einstellung von Verfahren wollten. Wir wollten Urteile!

### Viel positives Feedback

Die besondere Bedeutung in dieser Abteilung lag für mich insbesondere in der Resonanz, auf die wir gestoßen sind. Ich habe viel positives Feedback in Form von E-Mails, Telefonanrufen und Briefen aus den Reihen von Betroffenen aus dem ganzen Bundesgebiet erhalten. Natürlich war es hilfreich, diese Arbeit, die wir da gemacht haben, auch medial zu begleiten. Als Pressesprecherin war ich viel im Radio und Fernsehen, habe Podiumsdiskussionen und Talkshows besucht. Da dieses Thema nicht an Aktualität verliert, greifen es die Medien immer wieder gerne auf und rücken es in den Fokus.

In meiner neuen Funktion als Polizeipräsidentin kann ich dieses Rad nun weiterdrehen und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, so wie allen Betroffenen nur raten: Wehrt Euch! Meldet Euch! Steht auf! Auch die Müdigkeit nach langen Nachtdiensten darf kein Argument sein, auf eine Anzeige zu verzichten, wenn man beschimpft, beleidigt oder sogar körperlich angegangen worden ist. Schreiben Sie diese Anzeige und denken Sie nicht, dass es die Mühe nicht wert ist! Denn – und auch das ist mir wichtig – es muss in Zukunft verhindert werden, dass die Justiz in solchen Fällen nicht oder nur zögerlich tätig wird.

### Umdenken in den Köpfen

Ich will, dass es zu einem Umdenken in den Köpfen aller Beteiligten kommt, vom kleinen Bezirksbeamten bis hin zu Richterinnen und Richtern. Das gelingt meiner Meinung nach auch dadurch, dass wir dieses Thema immer wieder öffentlich machen und in den Köpfen der Menschen präsent halten. Das führt automatisch zu einer Sensibilisierung aller Beteiligten. Ich gehe natürlich voran und sage meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei jeder Gelegenheit, dass ich hinter ihnen stehe.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen wissen, dass ich jeden Strafantrag un-

terschreibe und dass ich in meiner Funktion als Polizeipräsidentin alles dafür tue, damit sie sich sicherer fühlen. Sie sollen und müssen wissen, dass sie mit ihrem Erlebnis nicht alleine gelassen werden. Ihnen wird geholfen!

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir es als Gesellschaft nicht länger hinnehmen und tolerieren dürfen, dass genau die Menschen, die für uns jeden Tag arbeiten und im Dienst der Allgemeinheit tätig sind, angegangen, beleidigt, bespuckt oder sonst wie angegriffen werden. Egal, ob sie in Krankenhäusern, Schulen oder Behörden arbeiten.

### Konsequentes Einschreiten

Der Weg ist beschritten, und es gibt Entwicklungen, die Hoffnung machen. Ein Beispiel sind die sogenannten Bodycams, mit denen die NRW-Polizistinnen und -Polizisten, ähnlich wie in anderen Bundesländern, bis Ende des Jahres flächendeckend ausgestattet werden. Studien belegen, dass diese Kameras deeskalierend wirken. Sie werden sicher dazu beitragen, gewalttätige Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte zu verhindern.

Ein weiteres Beispiel ist die Einführung des Paragraphen 114 Strafgesetzbuch (StGB), der den tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte sanktioniert und im Fall einer Verurteilung einen Mindeststrafenrahmen von drei Monaten Freiheitsstrafe vorsieht.

So wie ich als Staatsanwältin konsequent dafür eingetreten bin, denjenigen zu ihrem Recht zu verhelfen, die im Rahmen ihrer Arbeit für die Allgemeinheit Opfer von verbaler oder körperlicher Gewalt geworden sind, trete ich auch als Polizeipräsidentin vehement dafür ein, dass Betroffenen bewusst wird, dass sie diese Angriffe nicht hinnehmen müssen. Ich appelliere an alle Leidtragenden, sich zu wehren und plädiere dafür, die vorhandenen Mittel und Gesetze konsequent auszuschöpfen. Niemand hat es nötig, zum „Fußabtreter“ der Nation zu werden! ■

„Es ist leider ‚Volkssport‘ geworden, öffentlich Bedienstete herabzuwürdigen, zu beleidigen oder gar anzugreifen.

DP-Autorin Britta Zur ist seit dem 23. Dezember 2019 Polizeipräsidentin von Gelsenkirchen. Die gebürtige Kölnerin arbeitete von 2008 bis 2019 als Staatsanwältin mit den Delikt-Schwerpunkten Mord und Totschlag in Düsseldorf. Zudem beschäftigte sie sich in einem Sonderdezernat mit der Verfolgung von Gewaltdelikten gegen Vollzugsbeamte. Zur sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, auch künftig mit engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles dafür zu tun, die Sicherheit der Menschen in Gelsenkirchen zu gewährleisten. Dabei will sie die bewährte Arbeit mit den zahlreichen Ordnungspartnern in der Stadt fortsetzen.





# Titel

JANNIK, 26 JAHRE

**RESPEKT**

ist für mich das  
Anerkennen des  
Menschen hinter  
der Uniform.

AUF EIN WORT MIT DER POLIZEI

# Da geht dir richtig die Pumpe

Wie fühlt es sich an, als Polizistin „Hurensohn“ genannt zu werden? Wie wichtig ist Hilfe nach einschneidenden Erlebnissen? DP sprach mit einer jungen Bundespolizistin und einem erfahrenen Schutzmann. Beide verbindet der G20-Einsatz in Hamburg: Ein Kiezspaziergang.

**Danica Bensmail und Michael Zielasko**

Hamburg empfängt uns mit Klischeewetter. Kalter, scharfer Wind, Wolken und dunkle Wolken wechseln sich ab – immerhin ist es trocken. Wir finden ein Plätzchen ein paar Meter außerhalb des Bahnhofstrubels, fangen einen der wertvollen Sonnenstrahlen ein und warten auf Sophie. Sie ist das GdP-Gesicht der Respektkampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die 24-jährige Bundespolizistin reist aus dem benachbarten Schleswig-Holstein an. Wir telefonieren uns zusammen. Noch mit dem Smartphone am Ohr bemerkt sie unser Winken. Ein kurzes Hallo. Schließlich haben wir uns ja erst vor knapp einer Woche in Berlin kennengelernt.

Wir machen uns auf den Weg zu Deutschlands sündigster Meile und der hierzulande wohl bekanntesten Polizeidienststelle, der Davidwache. Der Nahverkehr entlässt uns an der Reeperbahn. Am Vormittag ist dort wenig vom turbulenten Nachtleben zu spüren. Die Kneipen, Bars, Clubs und Etablissements bereiten sich mit routinierter Geschäftigkeit auf das Wochenende vor. Die Kiezbewohner auf St. Pauli werden wie schon seit Jahrzehnten die Flut Vergnügungswilliger zur Kenntnis

nehmen. Aus ihrer hanseatischen Ruhe können die Nachtschwärmer sie nicht mehr bringen. Es geht alles seinen gewohnten Gang. Man kennt sich auf dem Kiez. Und man weiß dort, wer nicht dazu gehört.

Gegen Abend wird die Dunkelheit die Schabigkeit des Kiezes mit einem gnädigen Schleier bedecken. Womöglich trübt auch dichter Alkoholdunst den Traum von der Großen Freiheit, der nicht selten am Spielbudenplatz 31 endet. Dort, an der Ecke zur Davidstraße, steht seit 1914 die Wache des kleinsten Polizeireviereviere Europas: auf knapp einem Quadratkilometer leben etwa 14.000 Menschen. Dass man hier im Polizeikommissariat 15 mit allerlei Trappel beschäftigt ist, hat nicht nur Geschichte. Es ist Tagesgeschäft. Und das wird auch noch morgen so sein. Auch wenn die Zeiten sich immer geändert haben.

Wir sind verabredet. Ein uniformierter Beamter kommt auf uns zu. „Moin“, sagt er, „Hallo auf St. Pauli.“ Andreas, Polizeihauptkommissar und stellvertretender Landesvorsitzender der Hamburger Gewerkschaft der Polizei (GdP) lächelt, aber spornt uns gleich an. Er habe sich für uns 90 Minuten Zeit ge-

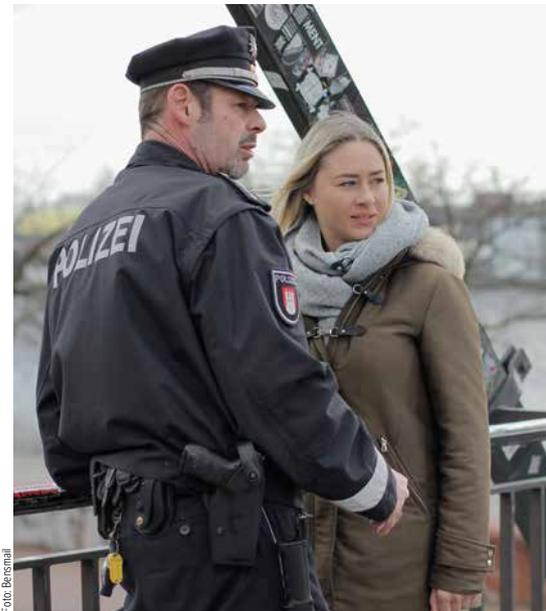


Foto: Bensmail

KARIN, 50 JAHRE

**RESPEKT**

ist für mich  
Wertschätzung in  
der Bevölkerung  
und in der Politik.

„Sophie:  
**Ich war schon so  
ziemlich alles:  
das Bullenschwein,  
die Dämliche da,  
die Fotze.**



nommen, müsse aber sofort zurück, wenn er gerufen würde.

Der 50-Jährige Schutzmann spricht mit uns heute ausschließlich in seiner Funktion als Gewerkschafter. Das zu betonen, ist ihm wichtig und er erklärt uns auch gleich, warum. 2003 war ein Kollege mit einem Messer angegriffen worden. Ein Handy in der Brusttasche hatte den Beamten vor einer wahrscheinlich tödlichen Stichwunde bewahrt. Ein Dienstunfall, nein, nie gemeldet. Er sei ja nicht „verletzt“ worden. Zumindest nicht körperlich. Über die Zeit habe der Kollege schwere Depressionen entwickelt. Nun stehe er ohne Ansprüche da. Der Dienstherr wolle ihn jetzt wegen fehlender Dienstfähigkeit loswerden. Die GdP stehe ihm aber zur Seite.

Er führt uns am Tresen vorbei in die Diensträume der Davidwache. Einige Kollegen grüßen ihn, kennen ihn aus seiner Zeit dort. Einer sagt, es wären so viele neue Polizeimeister da, selbst bekannte Gesichter blieben heute oft unbeachtet.

In einem Besprechungsraum klären wir mit Sophie und Andreas noch einige technische Details, dann geht es auf die Straße. Angesichts der knappen Zeit stürmen wir davon, doch Andreas bremst uns ein: „Nicht so schnell, wir pflegen hier unseren BFS-Gang, um jederzeit ansprechbar zu sein.“ Das Tempo des Besonderen Fußstreifenendienstes ist deutlich gemächlicher. Wir passen uns an und schlendern los – die Reeperbahn hinunter.

An einer steilen Treppe macht Andreas Halt. Hinter seinem Rücken geht es bergab, da hinten fließt Wasser, Hafengebiet. Links neben ihm prangen die mit bunten Plakaten beklebten und eindeutigen Sprüchen besprühten Türen des versperrten „Onkel Otto“. Die Szenekneipe des linksautonomen Milieus wäre häufiger Ausgangsort von allerlei Anfeindungen gegenüber der Polizei,

sagt er. Wie gehen die beiden mit offenen Anfeindungen um?

„Beleidigungen sind Standard“, sagt Sophie und zuckt mit den Schultern. „Ich war schon so ziemlich alles: das Bullenschwein, die Dämliche da, die Fotze.“ Sie versucht sich erfolglos ein Lächeln zu verkneifen: „Ein Fußball-Fan hat mich Hurensohn genannt.“ Auch wir müssen schmunzeln und Sophie und Andreas sind sich einig: „Solche Aussagen kannst du nicht ernst nehmen“, sagt Andreas und Sophie nickt. Sie habe sich in den vergangenen vier Jahren ein dickes Fell zugelegt.

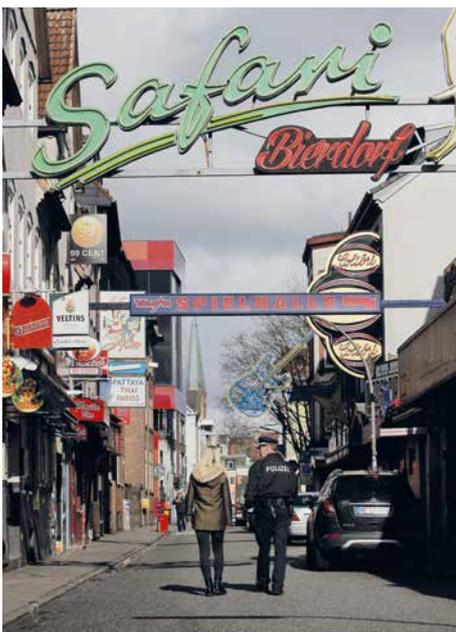
An den Stufen auf Straßenniveau kommt Bewegung auf. Andreas kann das nicht sehen. Wir stehen oben, er schaut uns an, spricht mit uns. „Da unten sind unsere Drogenfachverkäufer“, sagt er mit einem Grinsen. „Die Herrschaften kriegen gleich das Laufen, wenn ich komme.“ Tatsache, drei Personen mit Tragetaschen machen sich plötzlich auf. Sie schauen zu uns hoch. Dann folgen vier weitere Personen mit ähnlichem Outfit und offenbar gleichem Ziel, schnell weg.

Räuber und Gendarm, Katz und Maus. So entspannt wie unsere kurze Episode mit den „Straßenapothekern“ läuft es selten. Für Andreas und Sophie gehören Blut, blaue Flecken oder gebrochene Knochen zum Berufsrisiko. G20 hat gezeigt, wie gefährlich fehlender Respekt gegenüber der Polizei sein kann. Fliegende Steine, Gehwegplatten, Gewalt – unverhohlen und offen. Unsere Gesprächspartner haben es erlebt. „Das war heftig. Da geht dir richtig die Pumpe – auch in der KSA“, sagt Sophie und meint damit ihre Körperschutzausstattung.

Offen über ihre Erlebnisse mit uns zu sprechen, fällt beiden nicht leicht. Sophie erklärt: „Nach außen gibt man sich natürlich gefasst. Das muss so sein. Aber innen drin sieht das oft anders aus.“

Dennoch: Wegducken ist keine Option – im Gegenteil. „Sich Respekt verschaffen“, sagt Andreas und hält kurz inne. „Das bedeutet zu zeigen: Ich bin auch da. Ich bin präsent.“ Sophie stimmt zu: „Der Respekt, der einem entgegen gebracht wird, hat zu 90 Prozent mit deinem Auftreten zu tun.“

Klar ist: mangelnder Respekt ist verletzend. Nicht nur für den Körper, auch für die Seele. Wie verarbeiten die beiden das Erlebte? Bei der Frage schweift Andreas Blick nachdenklich in die Ferne. Sophie antwortet: „Ich habe großes Glück“, sagt sie mit leiser Stim-



HORST, 55 JAHRE

**RESPEKT**

bekommt, wer selber andere respektiert.

LYDIA, 30 JAHRE

**RESPEKT**

ist für mich ein wertschätzender Umgang miteinander.

me. „Meine Familie und Freunde sind in solchen Situationen für mich da. Reden hilft.“

Einen Moment lang ist es still. Bei all dem Negativen müsse man sich einer Sache immer bewusst sein, sagt Andreas schließlich. Er zeigt auf seine Uniform. „Die hassen nicht Sophie oder Andreas. Die hassen dieses Stück Stoff.“ Sophie pflichtet ihm bei: „Genau. Ich sage mir immer, wir sind für die Menschen da, um ihnen zu helfen. Und das zu wissen, macht mich stark.“ Andreas nickt. Er hatte nach einem für ihn einschneidenden Erlebnis bewusst den psychologischen Dienst aufgesucht. Es wurden mehrere Jahre. Ein Gewalttäter hatte ihn brutal auf das Pflaster gestoßen. Dabei kugelte ihm die Schulter aus. „Ich lag auf der Straße wie eine auf den Panzer gekippte Schildkröte. Ich fühlte mich völlig hilflos.“ Und das habe ihn noch länger verfolgt. Aber, in der Zeit sei sowieso einiges auf ihn eingepresselt. Nun verfüge er über Werkzeuge, mit belastenden Situationen und Zeiten umzugehen.

Zum Beispiel mit den Angriffen auf die Davidwache vor ein paar Jahren. „Da hatte ein Kollege einen Stein aus unmittelbarer Nähe ins Gesicht bekommen“, erinnert Andreas mit einem die Weite messenden Blick. Eine mutmaßlich aus der linksautonomen Szene stammende Gruppe hatte Wache und Beamte brutal attackiert. Andreas war in unmittelbarer Nähe und der verantwortliche Einsatzführer.

Ein paar Tage zuvor war die Wache nach einem Fußballspiel des FC St. Pauli bereits angegriffen worden. Auf der Strecke geblieben waren dabei zum Glück „nur“ die demolierten Streifenwagen.

Am Wasser frischt der Wind noch einmal auf. Hamburg will uns wohl klar machen, dass der Norden nichts für Weicheier ist. Wir machen ein Foto unserer Gesprächspartner. Im Hintergrund wächst die „Elphi“ aus dem Wasser. Im November 2016 ist das Konzerthaus fertig geworden. Kein Hansesstadt-Foto ohne die Elbphilharmonie. Zwischen Sophie, Andreas und dem neuen Wahrzeichen der Hafencity, dem Tor zur Welt, versucht eine Möwe auf einer runden, rutschigen Laterne Fuß zu fassen. Das klappt nicht. Sie gibt auf.

Andreas nimmt seine Dienstmütze ab, macht eine kleine Pause, steckt sich eine Zigarette an. Während dieser Auszeit streift der Gewerkschafter das Offizielle ein wenig ab. Andere würden die aufgerauchte Kippe vielleicht achtlos wegschnippen, er sucht einen angemessenen Ort für Restasche und Filter

und setzt die Mütze auf. Der Schutzmann ist wieder im Einsatz.

Jetzt mal Butter bei die Fische. Klar, als Polizist ist man permanent konfrontiert mit den Schattenseiten des menschlichen Daseins. Druck, Negativität, sogar Hass. Für die meisten Menschen wäre das auf Dauer zu viel. Aber Polizist sein, hat doch auch schöne Seiten. Oder nicht? Als hätte sie darauf gewartet, schiebt sich die Sonne mühsam durch die Wolken. „Na klar“, sagt Sophie. Also ist für die beiden ihr Beruf als

Polizist Berufung? Die Bundespolizistin antwortet, noch ehe wir die Frage fertig gestellt haben: „Auf jeden Fall. Ich will Menschen helfen“, platzt es aus ihr heraus. Andreas steht daneben und nickt. Es ist das Interesse an Menschen, das beide antreibt. „Klar, dass da nicht immer alles rosig ist“, sagt Andreas.

Wie auf ein Stichwort dröhnen von der anderen Straßenseite aufgebraachte Stimmen zu uns herüber. Ist es ein Streit? Laut ist es jedenfalls. Wir erkennen ein paar Jugendliche, die aus einem Parkhaus kommen. Plötzlich zerdepfern ein paar Flaschen, das Klirren des Glases bemerken auch Passanten. Sie schauen dem vermeintlich pubertären Treiben zu. Sophie, in diesem Moment ganz Polizistin, und Andreas drehen sich abrupt um. Zügig steuern sie zur Fahrbahn und nehmen situative Witterung auf. Die Jugendlichen sind schon weg, ein Mann begutachtet die Glasreste an der Treppenstiege und geht vorsichtig um die Scherben herum. Was wäre das für ein Eindruck, wenn hier ein Polizist steht, ein Schwätzchen hält und sich um solche Dinge nicht kümmert, sagt Andreas.

Unser Eindruck: Leicht lassen sie sich nicht aus der Ruhe bringen. Aber überraschende Momente gibt es doch sicherlich immer noch, oder? Sophie nickt: „Das war hier in Hamburg. Während des Dienstes waren wir immer in einem Restaurant auf Toilet-



„Andreas:  
**Die hassen nicht Sophie oder Andreas. Die hassen dieses Stück Stoff.**

MARTIN, 32 JAHRE

**RESPEKT**

ist für mich das Fundament einer funktionierenden Gesellschaft.

te. Der Besitzer war total nett zu uns. Dann meinte seine Kollegin: „Jetzt bist hier nett zu den Polizisten, heute Abend ziehst dich wieder um und wirfst Steine.“ Kopfschüttelnd schaut sie uns abwechselnd aus blauen Augen an. „Das war heftig.“

Auch Andreas erinnert sich an eine Festnahme auf der Großen Freiheit. „Gefährliche Körperverletzung. Der Kollege des Täters hat mir während der Festnahme und dem Brechen des Widerstandes mehrfach von hinten an die Schulter gefasst und an meiner Lederjacke gezogen. Das geht gar nicht.“ Andreas streckte den Grabscher mit einem Kinnhaken nieder. Später auf der Wache: „Da hat sich der Mann entschuldigt, dass er mir dazwischengefunkelt hat. Und der Schlag, frage ich.“ Zurecht, sagt er, den habe er verdient. Auch so kann es gehen.

Die Zeit rennt uns davon. Andreas muss zurück. Na klar. Schnurstracks navigieren wir wieder Richtung Davidwache. Ein paar Meter später stupst er einen Obdachlosen an. Zwei Schlafsäcke schützen ihn vor der Kälte. Er liegt im Eingangsbereich eines geschlossenen Geschäfts. „Alles okay?“, fragt Andreas. Mit etwas Verzögerung reagiert der Mann. Aber den Proviant von gestern soll er dann doch wegräumen, bitte.

Eindeutige Aufkleber und Graffiti säumen unseren Rückweg. Ein optischer Spießrutelauf sei das nicht, erklären uns Sophie und Andreas. Manchmal pikst es ein bisschen, sagen sie. Und, ja, sie nehme das viel stärker wahr, als früher, sagt Sophie. Seit sie Polizistin sei, bewege sie sich mit einer gewissen selektiven Wahrnehmung durch die Städte.

Kurz vor dem Ziel treffen wir noch zwei Kollegen der Fußstreife. Sie sind gerade im Gespräch mit einem Ladenbetreiber. Alles läuft ruhig und freundlich ab. Neue Gesichter fallen sofort auf. Andreas hat kein neues. Die Kollegen grüßen uns: „Darfst du dich hier überhaupt noch sehen lassen“, lachen sie ihn an.

Die Davidwache ist in Sichtweite. Andreas ist auf dem Sprung. Noch ein letztes Foto, ein schneller Dank. „Wir sehen uns“, sagen wir und bekommen noch einen Geheimtipp für einen leckeren Kuchen vor der Fahrt zurück. Dann trennen sich auch Sophies und unser Weg.

Auch mehrere tausend Schritte über Hamburgs Straßen später sind wir gefühlt keinen Meter vorangekommen. Woher kommt bloß der Hass auf unsere Polizei? Eine Antwort darauf bleiben wir schuldig... ■



Foto: Rohde

Glückwünsche an den neuen DGB-Vorstand: Anja Piel und GdP-Vize Dietmar Schilff.

## DGB-BUNDESAUSSCHUSS IN BERLIN

# Gemeinsam gegen Extremismus

Rund 100 Delegierte der Einzelgewerkschaften, darunter die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit fünf Vertretern trafen sich Anfang März zur Tagung des DGB-Bundesausschusses (BA). Der BA ist das höchste Gremium des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zwischen den Bundeskongressen. Der letzte fand 2018 statt.

## Dietmar Schilff

Neben der Erörterung aktueller Themen wurde auch eine Personalie besiegelt. Die Aufgaben des langjährigen und demnächst in Ruhestand gehenden DGB-Vorstandsmitglieds Annelie Buntenbach wird Anja Piel übernehmen. Die Delegierten gaben der Niedersächsin mit 98,8 Prozent einen überwältigenden Vertrauensvorschuss. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und GdP-Delegationsleiter Dietmar Schilff überbrachte Piel die Glückwünsche seiner Gewerkschaft. Kollegin Buntenbach dankte er für die stets gute Zusammenarbeit.

## Schweigeminute für Hanauer Opfer

Mit einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmenden den Opfern des rassistischen, rechtsextremistischen Terroranschlags in Hanau. DGB-Bundesvorsitzender Reiner Hoffmann machte angesichts der erschütternden Taten deutlich, dass der DGB einmütig den Feinden der Demokratie und des gedeihlichen Zusammenlebens immer und überall entgegentreten werde.

Schilff verdeutlichte die GdP-Position einer notwendigen demokratischen Widerstandsfähigkeit gegen jede Form extremis-

tischer Gewalt. Der GdP-Vize forderte die Politik auf, sich stärker im Bildungs- und Sicherheitsbereich zu engagieren. Es müsse massiv gegen rechtsradikale und -populistische Einflussnahme vorgegangen werden.

Er begrüßte ausdrücklich die bundesweite DGB-Initiative gegen Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Er kritisierte Gruppierungen, die die Polizei als Feindbild sähen und Einsatzkräfte verbal sowie tätlich angriffen.

Nachdrücklich appellierte Schilff, sich bei den kommenden Veranstaltungen zum 1. Mai von radikalen Gruppen wie Teilen der Antifa zu distanzieren. Diese wollten „unser positives Gesellschaftsbild zerschlagen“ und beleidigten eingesetzte Polizeibeschäftigte als „Mörder und Faschisten“, betonte der Gewerkschafter. „Mit diesem Milieu kann und darf es keine Art der Zusammenarbeit geben“, sagte Schilff und erntete starken Beifall der Delegierten.

Weitere Themenschwerpunkte der BA-Beratungen: die Situation in Syrien, der Türkei sowie Griechenland und die dortige humanitäre Lage, die Wahlen in Thüringen und Hamburg, die Entsolidarisierung in der Gesellschaft, Tarifbindung und Lohndumping, der Internationale Frauentag, die Grundrente und der Mindestlohn. ■

# UNSERE TARIF- ERMITTLER SAGEN: ZUGRIFF!

## BUSINESS MOBIL S:

- 6 GB Highspeed-Volumen mtl., LTE Max und 5G
- Telefonie- und SMS-Flat in alle deutschen Netze
- EU-Roaming inkl. Schweiz sowie HotSpot Flat

ohne Smartphone  
monatlich nur **33,56 €<sup>1</sup>**

- Jetzt informieren – Ihre Vorteilsnummer: **MA177**
- Mitarbeiter-Hotline: **0800 3300 34531**
- E-Mail: **rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de**
- Bundesweit in allen **Telekom Shops**
- Terminvereinbarung: **telekom.de/GDP-Mitgliederangebot**

In Kooperation mit



**GdP-Plus Partner**

1) Monatlicher Grundpreis 33,56 € brutto (ohne Handy). Mindestlaufzeit 24 Monate. Im monatlichen Grundpreis sind eine Telefon- und eine SMS-Flatrate in alle dt. Netze enthalten. Ab einem Datenvolumen von 6 GB wird die Bandbreite im jeweiligen Monat auf max. 64 KBit/s (Download) und 16 KBit/s (Upload) beschränkt. Die HotSpot Flatrate gilt für die Nutzung an inländischen HotSpots der Telekom Deutschland GmbH. Im Tarif sind 30 Inklusivminuten für Gespräche von Deutschland ins Ausland (Ländergruppe 1) enthalten. Zudem beinhaltet der Tarif Roaming in der EU und in der Schweiz mit der Option Standard-Roaming. In der EU ist Roaming für vorübergehende Reisen mit angemessener Nutzung enthalten. In der Schweiz darf die Nutzung eine angemessene Nutzung (1.000 Minuten und 1.000 SMS pro Monat sowie ein monatliches Datenvolumen in Höhe des jeweiligen Inlandsvolumens vor Bandbreitenbeschränkung) nicht überschreiten. Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit von bis zu 300 MBit/s im Download und 50 MBit/s im Upload ist u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaugebiet. 5G ist bereits an folgenden Standorten verfügbar: Berlin, Bonn, Darmstadt, Köln, München, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig. Informationen zum Netzausbau und zur jeweiligen örtlich verfügbaren Mobilfunk-Technologie erhalten Sie unter [telekom.de/netzausbau](http://telekom.de/netzausbau). 2) Gilt für Musikdienste teilnehmender Partner: Liste einsehbar unter [www.telekom.de/streamon](http://www.telekom.de/streamon).



**ERLEBEN, WAS VERBINDET.**

## Hilfreich

### PSYCHISCHE BELASTUNGEN

# Wenn der Boden dünner wird

Burn-out, Depressionen & Co. sind längst zur wichtigsten Berufskrankheit geworden. Die Gesundheitswissenschaft fordert mehr Prävention.

Thomas Gesterkamp

Erschöpfung durch Sonderschichten und Überstunden, traumatische Erlebnisse in Unfallsituationen, körperliche oder gar lebensbedrohliche Verletzungen in manchen Einsätzen, schleichender Autoritätsverlust bei Routinekontrollen, massive Anfeindungen in den digitalen Medien: Polizistinnen und Polizisten gehören zu einer Berufsgruppe, die besonders stark von psychischen Belastungen betroffen ist. So besteht ständig die Sorge vor dem Burn-out, wächst die Gefahr eines Zusammenbruchs.

Mediziner und Krankenkassen warnen schon lange. Zwar sind die beruflichen Fehlzeiten in den letzten Jahrzehnten tendenziell rückläufig, parallel aber steigt die Zahl der Krankmeldungen aufgrund von Angstzuständen oder Stress. Zermürbt von den Anforderungen am Arbeitsplatz wollen viele Beschäftigte in der Freizeit vorrangig ihre Ruhe haben. Passiv sitzen sie vor Computer- oder Fernsehbildschirmen, werden früh müde, können aber auch nicht gut einschlafen.



„Die Depression ist der Arbeitsunfall der Postmoderne.

Bereits seit 1996 sind psychische Störungen als gesundheitsgefährdende Berufskrankheiten gesetzlich offiziell anerkannt. „Die Depression ist der Arbeitsunfall der Postmoderne“, sagt Hans-Peter Unger. Während die Zahl der handfesten körperlichen Verletzungen sinkt, beobachtet der Chefarzt am Asklepios-Klinikum in Hamburg-Harburg ein höheres Risiko, an einer psychischen Störung zu erkranken – gerade in Dienstleistungsberufen wie dem Polizeidienst.

Die Konzepte der Arbeitssicherheit konzentrierten sich in der Vergangenheit auf die Unfallverhütung in Industriebetrieben. Seelische Probleme der Beschäftigten wurden eher vernachlässigt. Technisch orientierte Arbeitsschützer und Arbeitsmediziner beobachteten körperlich sichtbare Symptome und stellten klar identifizierbare Diagnosen. Das versperrte manchmal das Erkennen anderer Krankheitsbilder wie Überlastung oder Erschöpfung, entsprechende Hilfsangebote waren Mangelware.

### Quote der Frühverrentung überdurchschnittlich

Psychische Überlastung ist inzwischen die am meisten angeführte Ursache für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Beruf – und das, obwohl die Kriterien der medizinischen Begutachtung in jüngerer Zeit verschärft wurden. Im Polizeidienst liegt die Quote der Frühverrentung durch Arbeitsunfähigkeit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen über dem Durchschnitt. Quer durch alle Branchen gehen 20 Prozent vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen. Mindestens ein Drittel dieser Fälle beruht auf psychischen Störungen. Neben Suchtproblemen lautet die Diagnose am häufigsten Depression.

„Die Konzepte der Arbeitssicherheit konzentrierten sich in der Vergangenheit auf die Unfallverhütung in Industriebetrieben. Seelische Probleme der Beschäftigten wurden eher vernachlässigt.

Die Medizin fasst unter diesem etwas unscharfen Begriff Krankheitsbilder zusammen, die sich in einer gedrückten Stimmung äußern. Sie führt diese auf einen Auslöser, auf kränkende und emotional belastende Ereignisse zurück. Überforderung, fehlende Anerkennung, Druck von Vorgesetzten und gezieltes Mürbemachen durch Mobbing gelten im beruflichen Umfeld als mögliche Ursachen. Kommen mehrere Faktoren zusammen, kann ein nicht mehr lösbar erscheinender psychischer Konflikt entstehen, die sogenannte klinische Depression.

Die als feindselig empfundene Stimmung am Arbeitsplatz führt zum innerlichen Rückzug. Die Betroffenen fühlen sich mutlos, sind ohne Antrieb, verlieren das Interesse an ihrer Umgebung. Die Leistungsfähigkeit sinkt, komplizierte Herausforderungen werden aufgeschoben und sind irgendwann nicht mehr zu bewältigen.

Bis zu vier Millionen Deutsche, so wissenschaftliche Studien, gelten als depressiv oder depressionsgefährdet. Die Zah-

len sind mit Vorbehalt zu betrachten, weil leichte und schwere Krankheitsverläufe oft unter der gleichen plakativen Diagnose zusammengefasst werden. Doch auch im internationalen Maßstab zählt die Weltgesundheitsorganisation WHO die Depression zu den am meisten unterschätzten Erkrankungen.

### Erhöhtes Arbeitstempo

Nach einer Untersuchung der Europäischen Union fühlen sich zwei Drittel der Beschäftigten psychisch sehr belastet. Der Grund sind nicht nur die an vielen Arbeitsplätzen ganz selbstverständlich erwarteten Überstunden, sondern auch die Orientierung an Ergebnissen in möglichst kurzer Zeit. Fast die Hälfte der Befragten klagten über Termindruck und zu hohes Arbeitstempo. Dieser Stress macht nicht nur die Betroffenen krank, er hat auch betriebswirtschaftliche Folgen. Die Kosten von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen summieren sich nach Angaben der Krankenkassen bundesweit auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr.

Es mache daher keinen Sinn, wenn Personalverantwortliche die Arbeitsdichte unbegrenzt zu steigern suchen, betont Bernhard Badura. Der emeritierte Professor an der Fakultät für Gesundheitswissenschaft der Universität Bielefeld rät zu einem am Prinzip der Vorsorge orientierten Vorgehen. Vorgesetzte und Dienstherren dürften ihre Belegschaften nicht ständig überfordern. Badura fordert die verbindliche Kooperation betrieblicher Akteure mit Krankenkassen und Gewerkschaften: Gemeinsam müssten sich alle Beteiligten intensiv um ein präventiv ausgerichtetes Gesundheitsmanagement kümmern. ■

ANZEIGE

## TKBO<sub>GMBH</sub>

- Abzeichen / Anfertigungen
- Ausrüstungsgegenstände
- Dienstbekleidungen
- Dienstgradabzeichen



Besuchen Sie uns auch unter [www.tkbo.de](http://www.tkbo.de)

- HAIX® Schuhe
- Kopfbedeckungen
- Textildruck/Textilveredlung
- Vereinsbedarf u.v.m.

TKBO GMBH • Karl-Friedrich-Straße 24 • 44795 Bochum • Email: [info@tkbo.de](mailto:info@tkbo.de) • Tel.: 02324/9409680

## Vor Ort

Elke Gündner-Ede (l.) erfuhr Dankbarkeit für die Arbeit der Polizei.



Erfurt: Klare Signale gegen Demokratiefeinde.

### NACH THÜRINGER PARLAMENTSTRICKSERIEN

# Für die Demokratie auf die Straße

Die Sonne scheint über dem Domplatz in Erfurt. Dem Blau des Himmels strecken sich unzählige bunte Plakate und Fahnen entgegen. „Alle zusammen gegen den Faschismus“, schallt es immer wieder aus der Menschenmenge.

### Elke Gündner-Ede

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Hessen/Thüringen und das Aktionsbündnis „Unteilbar“ hatten Mitte Februar zur Demonstration gegen die skandalösen Vorgänge im thüringischen Landtag aufgerufen. Tausende Menschen sind dem Ruf gefolgt, von „Fridays for Future“ bis zu „Omas gegen rechts“. Sie sind aus

allen Ecken der Bundesrepublik angereist, um gemeinsam mit den Erfurtern auf die Straße zu gehen.

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) darf ich dabei sein und die Demo mit einer Rede vom Lautsprecherwagen aus begleiten. Natürlich bin ich nicht allein. Die Thüringer Gewerkschaftskolleginnen und -kol-

legen sind mit ihrem Bus vor Ort und versorgen die Demonstranten mit kostenlosem heißem Tee. Und natürlich schützen unsere Kollegen und Kolleginnen den Demonstrationzug. Es bleibt an diesem Tag aber durchgehend friedlich.

### Viele bedanken sich

Die Stimmung ist großartig. Wildfremde Menschen kommen miteinander ins Gespräch. Es herrscht ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, wie es nur selten so schnell entsteht. Immer wieder kommen Menschen auf mich zu und bedanken sich, dass die GdP hier vor Ort ist und sich für die Demokratie einsetzt.

Der Zug, an dessen Spitze ich mit den Vertretern der Bündnisse und des DGB laufe, muss immer wieder anhalten. Auch nach fast der Hälfte der Strecke, sind noch immer nicht alle vom Domplatz aufgebrochen.

Vor dem Haus der Sozialen Dienste versammelt sich eine bunte Menge zur Abschiedskundgebung und zeigt auch hier, dass sie bereit ist, für die Demokratie einzutreten. Ein ermutigendes Zeichen, das beweist, die bürgerliche Mehrheit lässt sich nicht durch Rechtspopulisten spalten – genauso wenig, wie sie sich von rechtem Terrorismus in Geiselnhaft nehmen lassen wird. ■

# Innenleben

- 100 JAHRE** Schwerbehindertenvertretung (SBV)
- 70 JAHRE** Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- 30 JAHRE** Deutsche Einheit
- 5 JAHRE** Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen in der GdP

## KOMMISSION FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

# Tauglichkeit im Blick

Mitte Februar traf sich die Kommission für die Belange von Menschen mit Behinderungen in Berlin. 2020 ist für die Schwerbehindertenvertretung (SBV) ein besonderes Jahr: Sie feiert ihren fünften Geburtstag.

**Silke Schmidt und Steffen Kutschera**

Natürlich stand trotz feierlicher Anlässe die Arbeit im Vordergrund: das verbesserte Vernetzen, um die Barrierefreiheit in allen Bereichen des täglichen Lebens voranzubringen. Besonderes Augenmerk galt der Änderung der Polizeidienstvorschrift (PDV) 300. Zu bemerken ist, dass hier eine Einzelfallprüfung nicht eindeutig vorgesehen ist. Ein Polizist im operativen Dienst ist entweder zu 100 Prozent dienstfähig oder polizeidienstunfähig. Ein Dazwischen gibt es nicht.

Ziel soll jedoch sein, das erworbene Wissen und die Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen weiter zu nutzen – nicht zuletzt für die Polizei selbst. Das ist vor dem Hintergrund von Wertschätzung auch wichtig für die Polizeibeamtinnen und -beamten selbst. Die PDV 300 bringt zwar einige Verbesserungen an den Tag. Luft nach oben bleibt jedoch noch genug.

GdP-Gewerkschaftssekretär Torsten Rohde berichtete über die Arbeit der „Kommission Informationstechnik“ und stellte die Prozesse im Rahmen Polizei 2020 dar. Kommissionskollege Rainer Ritter erläuterte – bezogen auf die Barrierefreiheit – die Probleme bei der Umstellung der Systeme auf das Betriebssystem Windows 10.

Die Sitzung abgerundet haben der aktuelle gewerkschaftspolitische Bericht des zuständigen stellvertretenden GdP-Bundvorsitzenden Dietmar Schilff sowie die Schilderung der Lage der behindertenpolitischen Arbeit durch Kommissionssprecher Uwe Kassler. ■



Fotos: Biermaier

#weilwirkoeennen: Die Kommission für Belange von Menschen mit Behinderungen feiert ihren fünften Geburtstag.

ANZEIGE

**Anpralldämpfer VECU-STOP® M**  
vorübergehend installiert



**Anpralldämpfer VECU-STOP® – VS**  
dauerhaft installiert



**SPS-Schutzplanken GmbH**  
Hinterm Waldcasino 1  
D-63762 Großostheim/  
OT Ringheim

Tel. +49 (0) 6026-991 67 11  
Fax +49 (0) 6026-991 67 12  
info@sps-schutzplanken.de  
www.sps-schutzplanken.de

## Innenleben

# 70 Jahre GdP

## GdP für Menschen



**Hans-Jürgen Kirstein**  
GdP-Landesvorsitzender  
Baden-Württemberg

„Was? 70 Jahre? So alt wie mein Opa, so jung wie wir. Das habe ich nicht gedacht“, sagt Yannic von der Jungen Gruppe. Nachdenklich meint er: „Und wie schaffen wir es, dass die GdP nochmal 70 Jahre obendrauf packt?“ Hans-Jürgen ergänzt: „Bei meiner Einstellung in die Polizei hatte ich lediglich eine Aussicht, mit viel Glück das Endamt A 9 mit Zulage zu erreichen. Diese Zulage hatte die GdP erstritten.“

„Holla, das wusste ich ja gar nicht. Was habt ihr denn sonst so gemacht?“ Hans-Jürgen bekommt glänzende Augen. „Qualifizierungsaufstiege. Dafür haben wir gesorgt, um Karriere im Beruf zu machen und mehr Möglichkeiten für die Familien zu erlangen. Du kannst jetzt flexible Arbeitszeitmodelle nutzen und deinen Arbeitsplatz individuell gestalten.“ Yannic nickt anerkennend: „Das finden meine Kollegen auch gut. Ich erzähle den morgen, dass ihr das für uns gemacht habt. Sonst glauben die noch, dass fällt alles vom Himmel oder der Innenminister hat's verordnet.“

### Ich baute mir ein Netzwerk auf

„Hast du auch Tipps für die Personalratsarbeit?“, will Yannic wissen. „Ich habe mich jetzt aufstellen lassen. Tatsächlich weiß ich nicht so genau, was mich da erwartet.“ „Ich hatte durch die Gewerkschaft immer eine starke Begleitung bei meiner Personalrats-tätigkeit. Das ist eine sehr nützliche Verbindung, die zum Erreichen von Verbesse-

rungen für alle Beschäftigten in der Polizei eine tolle Ergänzung war. Außerdem konnte ich durch sehr interessante Seminar- und Bildungsangebote, mein Wissen erweitern. Zusätzlich baute ich mir ein Netzwerk auf, lernte neue Menschen kennen und habe jede Menge Freundschaften geschlossen.“ „Respekt“, findet Yannic und fragt: „Was haben wir morgen vor?“ „Wertschätzung, andere Arbeitszeitmodelle und mehr Personal, das sind zentrale Themen, die wir vorantreiben wollen.“

Kurzes Nachdenken bei Yannic, der dann ergänzt: „Dann lass uns gemeinsam nach vorne gehen. Ich sag' meinen Kollegen noch Bescheid. #läuftbeimir wird unser neuer Twitter-Account heißen.“ „Twitter?“ fragt Hans-Jürgen. Yannic lacht: „Macht nichts, Hans-Jürgen, bist ein guter Kerl. Lass uns das zusammen machen.“ ■

## Mitglied sein, völlig normal



**Christian Schumacher**  
GdP-Landesvorsitzender  
Mecklenburg-Vorpommern

Ich habe zwar mein gesamtes Berufsleben bei der Polizei – und damit in der GdP – zugebracht, aber das waren bis jetzt doch „nur“ 25 Jahre. Und dann soll ich etwas zu sieben Jahrzehnten meiner Gewerkschaft schreiben? Na gut:

Für uns war es ganz normal, dass unsere Ausbilder und Vorgesetzten Mitglied der Gewerkschaft waren, und es auch offen zeigten. Dabei war es egal, ob man Behördenleiter wie Knut Abramowski und Personalräter wie Ede Pszczolka und Lutz Freitag vor sich hatte. In fast jedem Dienstzimmer hing ein GdP-Kalender oder eine GdP-Wappentafel (manche auch schon aus der Vorwendezeit). Zumindest jedoch lag dort ein GdP-Kugelschreiber. Und wenn hier alle GdP sind, so war es auch für uns normal, spätestens am zweiten Tag Mitglied der GdP zu werden.

### Alle einte die gewerkschaftliche Grundeinstellung

Dass es trotzdem zu manch lautstarker „Diskussion“ von Gewerkschaftern im Spannungsfeld Auszubildender, Vorgesetzter und Personalrat kam, versteht sich von selbst. Dabei stellte aber niemand seine Gewerkschaftszugehörigkeit in Frage. Denn auch wenn man – schon aufgrund seiner unterschiedlichen Position in der Dienststelle – unterschiedliche Meinungen haben musste, einte einen auf der anderen Seite immer der gewerkschaftliche Grundgedanke: Gemeinsam dafür zu sorgen, dass es den Kollegen künftig besser geht!

Auf sieben Jahrzehnte blickt die 1950 in Hamburg gegründete Gewerkschaft der Polizei am 14. September zurück. Aus dem Zusammenschluss der Polizeibeamtenverbände der britischen Zone und West-Berlins ging die heute größte Berufsvertretung für Beschäftigte der Polizei in Deutschland hervor. Seit der März-DP erinnern sich GdP-Vorsitzende der Länder und Bezirke an Episoden des gewerkschaftlichen Lebens.

Wenn der ehemalige Landesvorsitzende Michael Silkeit zu einer Demonstration aufrief, dann kamen wir. So standen – bei knapp über 6.000 Polizeibeschäftigten im Land – so manches Mal beachtliche 3.000 Frauen und Männer bei Wind und Wetter vor dem Landtag in Schwerin. Auf den stundenlangen Fahrten dahin saßen dann die Reinigungskraft neben dem Vollzugsbeamten, der K-Mann neben der Seniorin und der Dienststellenleiter neben dem Auszubildenden. Und sie führten ganz selbstverständlich Gespräche über Gott und die Welt.

Ich erinnere mich gerne daran, wie so mancher Dienststellenleiter dazu aufforderte, gefälligst mitzukommen und an der Demo teilzunehmen. Schließlich ging es doch auch um seine Polizei und seine Gewerkschaft. Und so mancher Politiker klagte noch Jahre später über eine Stigmatisierung und das Gefühl eines Spießrutenlaufes durch die Polizeimassen.

### Mehr Vergnügen als harte gewerkschaftliche Arbeit

Waren es anfangs nackte Existenzfragen wie die Übernahme ehemaliger Volkspolizisten in das bundesdeutsche Beamtenverhältnis, die Frage, ob Führungskräfte eine Ostbiografie haben dürfen und das automatische Übernehmen von Auszubildenden, erfuhren später Themen wie die 100 Prozent vom Westgehalt, ausreichende Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Personal und die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung besondere Wichtigkeit.

Viele Themen von heute sind uns nicht neu. Die Höhe des Einkommens, Beschäftigte zwischen Arbeit und Familie, die Arbeitszeit, das fehlende Personal und die Mängelverwaltung – all das sind aktuelle Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit. Es liegt an uns allen, welche Antworten wir darauf finden werden. Aber: Wenn wir uns einbringen, engagieren, um die besten Antworten streiten, dann schaffen wir es auch, dass man in den nächsten 70 Jahren weiterhin sagt, es ist selbstverständlich, als Polizeibeschäftigter GdP-Mitglied zu sein. ■

## G20 in Hamburg – eine Meisterleistung der Einsatzbetreuung



Foto: privat

### Horst Niens

GdP-Landesvorsitzender Hamburg

Bei 70 Jahren GdP denke ich natürlich an viele historische, aber auch erst kurz zurückliegende Ereignisse. Dinge, die meine gewerkschaftliche Beziehung zu unserer GdP geprägt haben. Zwar habe ich einiges nicht selbst miterlebt, doch vor kurzem durfte ich unserem Mitglied Kurt Hopp zum 100. Geburtstag gratulieren. Er war eines der Gründungsmitglieder, die sich vor sieben Jahrzehnten trafen und den Boden bereiteten, um die größte Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte aufzubauen.

Aber zurück zum Hier und (fast) Jetzt: Der G20-Gipfel in Hamburg. Für viele überraschend wurde die Hansestadt als Austragungsort des weltweiten Treffens der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer festgelegt. Anfang Juli 2017 trafen sich die Staats- und Regierungschefs, Finanzminister und Zentralbankchefs an der Elbe. Wir hatten einen ausdrücklichen Ausnahmezustand in der Stadt. Bereits zuvor konnten wir als GdP Hamburg während der OSZE-Tagung (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) probieren

und trainieren, wie man eine Einsatzbetreuung auf die Beine stellt.

### Gewerkschaftliche Arbeit im Ehrenamt

Die Vorbereitungen zum G20-Gipfel übertrafen unsere kühnsten Erwartungen: Bereits weit vor dem Treffen nahmen wir die Vorbereitungen auf. Aufrufe zur Unterstützung an alle GdP-Landesbezirke und -Bezirke, Kontingente für Hotelzimmer blocken, Ummengen von Betreuungsmaterial, Getränke, Verpflegung und viele andere Dinge organisieren, die auf den ersten Blick notwendig erschienen. Aber es kamen noch unglaublich viele Anforderungen und Herausforderungen hinzu.

Alles wurde in unserer Geschäftsstelle koordiniert – organisiert jedoch durch viele freiwillige Helferinnen und Helfer. Denn bei allem gewerkschaftlichen Engagement ist es in Hamburg so, dass sämtliche gewerkschaftliche Arbeit der Vorstände und Vertrauensleute im Ehrenamt, also neben der dienstlichen Tätigkeit geleistet wurde – und wird.

Genau darauf bin ich als Landesvorsitzender stolz: Wir haben hier ein Team von Freundinnen und Freunden, denen die gewerkschaftliche Arbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen so wichtig ist, dass sie in eben genau den Zeiten geleistet wird, die eigentlich Freizeit sein könnten.

Nochmal G20. Zehntausende Einsatzkräfte in der Stadt. Dieses Ereignis stand im weltweiten Fokus. Massivste Auseinandersetzungen mit teils international angereisten Chaoten. Dienstzeiten und -belastungen, die weit über das Maß hinausgingen. Eine logistische Meisterleistung in der Einsatzabwicklung und der Versorgung der Kräfte aus ganz Europa.

Aber eben auch ein gewerkschaftliches Betreuungskonzept, das sich bewährt hat: Unglaublich motiviert, bis an die Grenze der persönlichen Leistungsfähigkeit gehend, mit einer unglaublichen Freude und Bereitschaft zu unterstützen. Ich wiederhole mich: Das macht wirklich stolz, das ist für mich GdP. Und das ist unsere GdP, die ihren 70. Geburtstag in meiner Stadt feiern wird. ■

## Innenleben

### 100 JAHRE SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

# Geschichtsausflug

Es begann am 6. April 1920: Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnete das „Gesetz zur Beschäftigung Schwerbeschädigter“. Zwei Tage später erfolgte die Verkündung im Reichsgesetzblatt, am 23. April 1920 trat das Gesetz in Kraft. Nach 100 Jahren werfen wir einen Blick zurück.

---

#### Silke Schmidt und Steffen Kutschera

---

**D**er Erste Weltkrieg war vorbei. Es gab Millionen Kriegsversehrte, die aus vielfältigen Gründen zurück in einen Beruf mussten. Die Regierung erkannte die Notwendigkeit einer speziellen Vertretung für diese „Schwerbeschädigten“. Bereits 1923 erfolgte eine Revidierung des Gesetzes, der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die fortan galten und bis heute die Basis für das Ehrenamt beschreiben. „Tunlichst“ sollte auch der „Vertrauensmann“ schwerbeschädigt sein. Er sollte nunmehr auch Arbeitnehmer unterstützen, die durch Arbeitsunfälle eine Schwerbeschädigung erfahren hatten.

**Dann der Zweite Weltkrieg** mit seinen schrecklichen Folgen. Alles ähnelte der Zeit nach 1918. Das Ehrenamt war nun wichtiger denn je und erfuhr 1953 eine enorme Aufwertung. Der Vertrauensmann war ab sofort „... in allen Angelegenheiten, die die Durchführung dieses Gesetzes betreffen, vom Arbeitgeber und Betriebsrat vor einer Entscheidung zu hören“.

**1961**, die Neufassung des Schwerbeschädigtengesetzes: Der Vertrauensmann erhielt den gleichen Kündigungs-, Versetzungs-

und Abordnungsschutz wie ein Mitglied des Betriebsrates. Die Amtszeit wurde auf vier Jahre erhöht und die Wahl einer Stellvertretung vorgesehen.

**Knapp 30 Jahre** nach Ende des Zweiten Weltkrieges löste 1974 das Schwerbehindertengesetz das Schwerbeschädigtengesetz ab. Die neue Regelung galt für alle Schwerbehinderten, unabhängig von Art und Ursache ihrer Behinderung. Es passte sich einer veränderten Anschauung von Rehabilitation an. Schwerbehinderte sollten auch nicht mehr nur „beschäftigt“, sondern in Arbeit, Beruf und Gesellschaft eingegliedert werden. Diese Förderung und die Sicherung solcher Arbeitsverhältnisse war jetzt vor allem Aufgabe des Vertrauensmannes. Das Anhörungsrecht wurde ausgedehnt, ein Teilnahmerecht an allen Sitzungen der Beschäftigtenvertretung eingeführt.

**1986**, die Neufassung des Schwerbehindertengesetzes: Die Schwerbehindertenvertretung (SBV), so der neue Sprachgebrauch, sollte dazu beitragen, arbeitslose Schwerbehinderte oder jene, die eine betriebliche Ausbildung suchten, verstärkt zu berücksichtigen. Der Vertrauensmann fand nun-

**Die SBV heute: Ihre wachsende Bedeutung ist unumstritten. Ihre Aufgaben und Pflichten haben zugenommen. Die SBV ist in unserer modernen Zeit als gesamtgesellschaftliches Ziel nicht mehr wegzudenken. Sie trägt einen wesentlichen Teil zur Inklusion bei.**

mehr auch die Vertrauensfrau oder Vertrauenspersonen an seiner Seite.

**Nach der Jahrtausendwende:** Die SBV-Beteiligungsrechte bei der Besetzung freier Stellen wurden ausgeweitet. Den Arbeitgebern wurden weitere Prüf- und Beteiligungspflichten auferlegt. Zudem wurden sie verpflichtet, mit der SBV eine Integrationsvereinbarung (heute: Inklusionsvereinbarung) zu treffen und der betrieblichen Prävention einen höheren Stellenwert einzuräumen. Fakt ist: Deuten sich Schwierigkeiten mit einem schwerbehinderten Beschäftigten an, muss der Arbeitgeber die SBV einschalten. Seit 2004 achtet die SBV darauf, dass der Arbeitgeber seiner Verpflichtung der Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) nachkommt.

**2017**, Reform des Sozialgesetzbuchs (SGB) IX: Alle Paragraphen wurden neu sortiert und die Stellung der SBV gestärkt. Deren fehlende Mitwirkung bei Kündigungen führte seither zur Unwirksamkeit. Zahl und Umfang der Aufgaben der SBV stiegen stetig an – wenig verwunderlich angesichts der demografischen Entwicklung. In den Betrieben arbeiten immer mehr Beschäftigte mit einer Einschränkung. Damit wächst auch die Nachfrage nach Beratung und Unterstützung durch die SBV. Dem trug der Gesetzgeber im reformierten SGB IX durchaus Rechnung: Er senkte den Schwellenwert für die Freistellung von 200 auf 100 schwerbehinderte Menschen. Auch das Heranziehen der Stellvertreter zu bestimmten Aufgaben in Betrieben mit mehr als 100 schwerbehinderten Beschäftigten führt zur Entlastung. Die Schulung der Stellvertretungen ist jetzt möglich.

**Die SBV heute:** Ihre wachsende Bedeutung ist unumstritten. Ihre Aufgaben und Pflichten haben zugenommen. Die SBV ist in unserer modernen Zeit als gesamtgesellschaftliches Ziel nicht mehr wegzudenken. Sie trägt einen wesentlichen Teil zur Inklusion bei. Auch wenn vor 100 Jahren noch niemand von Inklusion sprach, wurden der Schwerbehindertenvertretung die damit verbundenen Aufgaben bereits in die Wiege gelegt.

Die Polizeien des Bundes und der Länder befinden sich auf dem Weg zu Inklusion und Teilhabe – gemeinsam mit ihren Schwerbehindertenvertrauenspersonen. ■

# SEXUELLE GEWALT GEGEN FRAUEN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 25

Herausgegeben von **Horst Clages**, Leitender Kriminaldirektor a. D. und  
**Wolfgang Gatzke**, Direktor LKA NRW a. D.



1. Auflage 2019

**Umfang:** 136 Seiten,

**Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

**ISBN:** 978-3-8011-0859-5

Dieses Buch befasst sich mit sexueller Gewalt durch strafmündige männliche Täter, die diese gegen weibliche Opfer ausüben. Nicht zuletzt infolge einzelner herausragender sexueller Gewalttaten sowie spezifischer deliktischer Phänomene, die insbesondere mit dem Zuzug von Flüchtlingen und Migranten in Verbindung gebracht werden, ist dieses Themenfeld in den allgemeinen gesellschaftlichen Fokus gerückt.

Bei der Darstellung konzentrieren sich die Autoren dabei ausschließlich auf Delikte, bei denen sich Täter und Opfer vor der Tat nicht oder nur flüchtig kannten. Den Schwerpunkt legen sie dabei auf Fälle sexueller Nötigung und Vergewaltigung.

Im Einzelnen behandeln sie: Thematische Eingrenzung und Definitionen, Erklärungsansätze für sexuelle Gewalt, Kriminalitätslage- und -entwicklung, Phänomenologie, Polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten, Polizeilicher Opferschutz sowie Präventionsansätze.



## DIE AUTOREN

**Dr. Daniela Pollich**, Professorin für Polizeiwissenschaften an der FHöV NRW.

**Marcus Stewen**, Kriminalhauptkommissar, Verantwortlicher Fallanalytiker im Sachgebiet 31.5 des LKA NRW.

**Julia Erdmann M.A.**, Polizeihauptkommissarin, Dozentin für Kriminologie und Kriminalistik an der FHöV NRW.

**Dr. Maike Meyer**, Leiterin der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW.

**Corinna Mahle M. Sc.**, Kriminaloberkommissarin, Sachbearbeiterin Stabsdienststelle des LKA NRW.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

## Vor Ort

### 3. LANDESFRAUENFRÜHSTÜCK

# Führungspositionen müssen weiblicher werden

Anlässlich des Internationalen Frauentages lud die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum dritten Landesfrauenfrühstück nach Hannover. Es ging um die täglichen Probleme der weiblichen Polizeibesetzten im Vollzug, in der Verwaltung und im Tarifbereich.

Elke Gündner-Ede und Erika Krause-Schöne



Die Teilnehmenden des Frauenfrühstücks.



Elke Gündner-Ede und Erika Krause-Schöne führten durch die Veranstaltung.

**Dem Gleichstellungsindex 2019 der obersten Bundesbehörden zufolge arbeiten weiterhin überwiegend Frauen in Teilzeit. Dieser Umstand verhindert, dass Frauen in die Führung aufsteigen könnten.**

**O**hne Frauen geht es nicht! Das verdeutlichte bereits das Grußwort des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff. Die Vorsitzende der Frauengruppe (FG) Niedersachsen, Anja Surkau, knüpfte nahtlos daran an und stellte dar, bei welchen Themen der sinnbildliche Schuh drückt. Darunter: Wechselschichtdienst, Teilzeit und mobiles Arbeiten.

Die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne dankte den Frauen in der niedersächsischen Polizei für ihr Engagement. Das Land habe in Bezug auf Gleichstellungsthemen in Bund und Ländern eine Vorreiterrolle. Dennoch sei lange nicht alles perfekt. Dem Gleichstellungsindex 2019 der obersten Bundesbehörden zufolge arbeiten weiterhin überwiegend Frauen in Teilzeit. Dieser Umstand verhindere, dass Frauen in die Führung aufsteigen könnten. Die GdP-Bundesfrauengruppe plädierte für die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen, die solch einen Aufstieg ermöglichen. Kurz: alte Verwaltungsvorschriften müssen endlich der Realität des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

### Langer Atem gefragt

„Elternzeit muss sich auch bei der Polizei auf die Personalbedarfsrechnung auswirken, um die Mehrbelastung für die Kolleginnen und Kollegen abzufedern. Die Budgetierung im Bereich des Sachhaushalts wirkt sich kontraproduktiv auf die Nutzung von Telearbeit aus, die für Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie essenziell ist“, so Elke Gündner-Ede, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Frauenpolitik zuständig.

Die Teilnehmenden waren sich einig: Frauen müssten ihre eigene Erwerbstätigkeit wahrnehmen und die damit verbundene finanzielle Absicherung erreichen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um zu verhindern, dass Frauen in die Altersarmut abrutschen. Denn Sorgearbeit sei nicht nur Frauensache.

Gesprächspartner waren die dienstliche Führungsebene der niedersächsischen Landespolizei sowie Innenstaatssekretär Stephan Manke.

Mit Blick auf Künftiges ist klar: Ohne langen Atem geht es nicht. Und ohne Frauen auch nicht ... ■

# EINGRIFFSRECHT BAYERN

Polizeiliche Befugnisse zur Datenverarbeitung

Von **Jürgen Teubert**.



1. Auflage 2019

**Umfang:** 320 Seiten

**Format:** Broschur, 16,5 x 24 cm

**Preis:** 24,00 € [D]

**ISBN:** 978-3-8011-0857-1

Der Umgang mit personenbezogenen Daten ist polizeiliches Alltagsgeschäft. Die Anforderungen, die bayerische Polizeibedienstete im Rahmen des Datenschutzes dabei zu beachten und zu erfüllen haben, sind immens. Sie basieren auf dem am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuordnung des bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz). Im Ergebnis ist das Datenschutzrecht damit ein wesentlicher Bestandteil des PAG, auf das sich der Autor dieses Buches im Rahmen des Eingriffsrechts konzentriert.

Die inhaltliche Gliederung spiegelt dabei die Bestimmungen zum Datenschutz im PAG und in der StPO wider. Der Autor erläutert die staatlichen Eingriffsbefugnisse in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und stellt die Bedeutung der jeweiligen Regelung in Bezug auf Klausuren und Prüfungen dar. Kurze Zusammenfassungen verschaffen dem Leser einen schnellen inhaltlichen Überblick. Viele Praxisbeispiele mit Lösungsansätzen ermöglichen die Abfrage des Wissensstandes für die Prüfungsvorbereitung. Verschiedene Exkurse zu angrenzenden Themen runden das Lehrbuch ab.



## DER AUTOR

**Jürgen Teubert**, Kriminaloberrat, Dozent und stellvertretender Leiter des Fachgebietes Kriminalwissenschaften sowie Datenschutzbeauftragter an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern, Fachbereich Polizei.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

## Im Gespräch

» Twitter, Facebook und Instagram werden für uns als Kommunikationsmittel immer wichtiger.

WEGE AUS DER EHRENAMTSKRISE

# „Man braucht einen langen Atem“

Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen oder beispielsweise für gewerkschaftlichen Einsatz zu begeistern ist eine Herausforderung. Das hat man zu bieten: Erfüllung, Zufriedenheit, okay, das ist gut. Dem gegenüber stehen der große Zeitaufwand, langweilige Tagesordnungen und verstaubte Strukturen.

Thomas Gesterkamp



Der niederländischen Bildungsgewerkschaft AOb (Algemene Onderwijsbond) gelingt es seit Jahren erfolgreich, Freiwillige für eine Mitarbeit zu gewinnen – mit Hilfe eines innovativen Modells: Lehrer oder Lehrerinnen werden tageweise vom Unterricht freigestellt, um sich für die Organisation zu engagieren. Ihr ausfallendes Gehalt gleicht die Gewerkschaft anteilig aus. Thomas Gesterkamp sprach für DP mit Frits Fraanje, Deutschlehrer in Leerdam und Mitglied im Hauptvorstand der AOb.

**DP: Die AOb steckt schon länger in einem Prozess, der die Gewerkschaft für die Zukunft fit machen soll. Was war der Grund zum Vorantreiben der Organisationsentwicklung?**

**Fritz Fraanje:** Ähnlich wie in Deutschland haben wir große Probleme, junge Leute für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Gewerkschaften gelten als altmodisch, als eine Art Fossil. Angeblich kämpfen dort alte, grauhäufige Leute für eigene Interessen. So stellen es immer wieder auch die Medien dar.

**DP: Ist da nicht etwas dran? Die Tagesordnungen von Gewerkschaftssitzungen wirken oft langweilig und wenig einladend für Leute, die sich ehrenamtlich engagieren könnten.**

**Fraanje:** Klar, die Art der Kommunikation wirkt manchmal ein bisschen wie aus einer anderen Zeit. Für die AOb ist es wichtig zu zeigen, dass wirklich aktive Leute, die noch im Unterricht tätig sind – so wie ich – zugleich ehrenamtlich für die Gewerkschaft arbeiten. Dazu haben wir eine Struktur entwickelt, in der man detachiert werden kann.

**DP: Detachiert? Was bedeutet das?**

**Fraanje:** Auf Deutsch würde man vielleicht „ausgeliehen“ sagen. Das heißt, ich bin offiziell zu hundert Prozent beschäftigt, werde aber für zwei Tage freigestellt. Und für diese zahlt dann die Gewerkschaft den Gehaltsausfall. Ein offizieller Kontrakt legt das fest.

**DP: So gelingt es der AOb, den am Ehrenamt Interessierten zeitliche Ressourcen für das freiwillige Engagement zu verschaffen?**

**Fraanje:** Das ist im ganzen Land so organisiert, und zwar nicht nur für regionale oder überregionale Vorstandsmitglieder, sondern auch für die Ratgeber oder Kontaktperson. Das sind aktive Lehrkräfte, die auf Zeit an die Gewerkschaft ausgeliehen werden. Meist donnerstags besuchen sie Schulen, treten in Kontakt mit den Kollegen und Kolleginnen, sprechen über gewerkschaftliche Themen. So werden nicht nur wichtige Informationen weitergegeben, sondern umgekehrt hören die Konsultanten auch, welche Probleme dringlich sind, und können das zurück an die Gewerkschaft kommunizieren.

**DP: Ist es das vorrangige Ziel, dadurch neue Mitglieder für die AOb zu gewinnen? Oder geht es eher darum, erst mal den Kontakt zur Gewerkschaft zu verbessern?**

**Fraanje:** Eigentlich beides. Wenn man vor Ort mit den Kollegen und Kolleginnen ins Gespräch kommt, ist ja der Kontakt da. Natürlich wird versucht, neue Mitglieder zu werben. Und die, die schon Mitglied sind, wollen wir behalten. Dafür müssen wir immer wieder etwas tun.

**DP: Das „Ausleihen“ an die Gewerkschaft**

**„Solidarität ist für mich ein Schlüsselwort: Aber man muss die Menschen erst mal überzeugen, dass dies notwendig ist. Man muss die Kolleginnen und Kollegen immer wieder direkt darauf ansprechen, warum sich eine Mitgliedschaft lohnt. Das ist ein zäher Prozess, für den man einen langen Atem braucht.“**

**ist nicht ganz billig. Die AO b muss an diesen Tagen anteilig die Gehälter bezahlen.**

**Fraanje:** Ja, das kostet viel Geld. Aber es ist in den Niederlanden schon sehr lange so, dass die Regierung Gelder zur Verfügung stellt, damit zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Gewerkschaften im demokratischen System agieren können. Von dieser Förderung profitiert die AO b auch bei diesem Projekt. Es muss also nicht allein aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.

**DP: Wie lange läuft das Projekt schon?**

**Fraanje:** Fast 20 Jahre. Die AO b ist 2000 aus einer Fusion von Bildungsgewerkschaften entstanden. Schon bald darauf hat man dieses System entwickelt, um Ehrenamtliche zu beteiligen.

**DP: Wurden dadurch tatsächlich neue Mitglieder gewonnen?**

**Fraanje:** Wir sind nicht die einzige, aber eine der wenigen Gewerkschaften in den Niederlanden, die wächst. Inzwischen haben wir rund 83.000 Mitglieder. Neben dem geschilderten Projekt veranstalten wir regelmäßig Aktionswochen oder sogar Streiks, und auch das bringt immer neue Mitglieder.

**DP: In der gewerkschaftspolitischen Diskussion in Deutschland gibt es das Konzept der „Freiwilligen auf Zeit“. Das beruht auf der Erfahrung, dass gerade junge Leute sich nicht so lange auf ein Engagement festlegen wollen. Werden bei der AO b auch Konzepte erprobt, wie man Interessierte etwas lockerer mit der Gewerkschaft verknüpfen kann?**

**Fraanje:** Auch in den Niederlanden wollen sich junge Leute nicht mehr auf so lange Zeit binden. In unserem Modell besteht deshalb die Möglichkeit, schon nach einem Jahr wieder zu kündigen. Das ist also immer ein befristeter Kontrakt. Unsere Erfahrung ist aber, dass die Leute länger dabei sind, meist für vier Jahre.

**DP: Wo arbeiten diejenigen, die „ausgeliehen“ sind? Sitzen die in einem Büro der Gewerkschaft?**

**Fraanje:** Das ist unterschiedlich. Die Ehrenamtlichen, die regelmäßig die Schulen besuchen, sind regionalen Bezirken zugeordnet. Sie gehören also zu einem „Bezirksteam“, haben aber meist kein eigenes Büro wie die hauptamtlichen, von der Gewerkschaft be-

zahlten Funktionäre.

**DP: Können die Schulen diese Lehrkräfte ersetzen? Durch das „Ausleihen“ sind Engpässe absehbar.**

**Fraanje:** Das Problem ist vor allem in den letzten Jahren entstanden, weil wir für einige Fächer zu wenig Lehrer und Lehrerinnen, und auch zu wenig Studierende für das Lehramt haben. Ich persönlich erlebe aber immer wieder, dass Schulleitungen das gewerkschaftliche Engagement für eine positive Idee halten. Andererseits weiß ich, dass junge Leute, die noch keine feste Stelle haben, manchmal zögern, sich zu engagieren. Sie fragen sich: Ist das gut für meine berufliche Laufbahn? Bei ihnen merkt man schon, dass sie eher ein bisschen zurückhaltend sind.

**„Wir sollten den ‚schnellen Leuten‘ nicht den Eindruck vermitteln, dass wir als Gewerkschaft ‚langsam‘ sind.“**

**DP: Wie ist diesen Ängsten zu begegnen? Ein Argument wäre: Die Tätigkeit in der Gewerkschaft als ein Baustein für die Karriere zu sehen, denn man entwickelt sich weiter. Das ist etwas Positives, weil es den Erfahrungshorizont erweitert.**

**Fraanje:** Absolut. Unsere Ehrenamtlichen sind häufig besonders aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das sehen auch viele Vorgesetzte so. Allerdings leider nicht alle, da muss man ehrlich sein.

**DP: Das Projekt hat eine Vorbildfunktion, ist ein Beispiel für „Best Practice“. Aber es gibt offenbar auch Hindernisse.**

**Fraanje:** Wir merken, dass wir als Gewerkschaft unser Bestes tun müssen. Wie erwähnt, haben viele Leute nicht mehr das Gefühl, dass Gewerkschaften noch wichtig sind. Auf der anderen Seite sehen sie aber bei Konflikten, wie nötig Solidarität

ist. Das neoliberale Denken ist ähnlich wie in Deutschland längst auch in den Schulen angekommen. Man wird ständig unter Druck gesetzt, Leistungen zu erbringen, die auch als Daten messbar sind. So hat man immer weniger Zeit, sich mit dem eigentlichen Kerngeschäft, der Bildung, zu beschäftigen. Alles, was nicht direkt nützlich und wirtschaftlich ist, gilt als nebensächlich. Im Unterricht geht es nach meinem Verständnis nicht nur um Noten oder Leistung, sondern darum, ins Gespräch zu kommen mit den Kindern und Jugendlichen, über das ganze Leben. Und das wird immer schwieriger.

**DP: Was können die deutschen Gewerkschaften von der AO b lernen?**

**Fraanje:** Solidarität ist für mich ein Schlüsselwort: Aber man muss die Menschen erst mal überzeugen, dass dies notwendig ist. Man muss die Kolleginnen und Kollegen immer wieder direkt darauf ansprechen, warum sich eine Mitgliedschaft lohnt. Das ist ein zäher Prozess, für den man einen langen Atem braucht.

**DP: Welche Erfahrungen machen Ehrenamtliche, wenn sie für die Gewerkschaft werben?**

**Fraanje:** Es gibt positive Reaktionen, die sehr motivieren. Manchmal ist es auch demotivierend, wenn Leute sagen, mir geht es doch eigentlich gut, ich brauche das nicht. Der Solidaritätsgedanke lebt eben noch nicht bei allen.

**DP: Welche neue Techniken und soziale Medien spielen eine Rolle?**

**Fraanje:** Twitter, Facebook und Instagram werden für uns als Kommunikationsmittel immer wichtiger. Es gibt Leute, die gründen zum Beispiel eine Facebook-Gruppe mit einem originär gewerkschaftspolitischen Anliegen, sind aber gar nicht in der Gewerkschaft. Die können etwa bei Streiks oder vor Demonstrationen schnell mobilisieren, kriegen viele Menschen in kurzer Zeit hinter sich. Wir sollten den „schnellen Leuten“ nicht den Eindruck vermitteln, dass wir als Gewerkschaft „langsam“ sind.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch.**

# POLIZEI PRAXIS

The screenshot shows the website's navigation menu with categories: STARTSEITE, THEMEN, AUSGABEN, PRODUKTE, SERVICE. Below the menu, there is a breadcrumb trail 'Sie sind hier > Startseite' and social media icons. A featured article titled 'Hart im Nehmen - Tactical Time Piece 500' is displayed with an image of a watch. A search bar is located on the right side. A 'SCHWARZES BRETT' section contains a newsletter announcement and an event listing for 'ENFORCE TAC 2020'. At the bottom, there is a 'NEUE ARTIKEL' section featuring an article about 'MP5 Midlife-Improvement' with an image of a submachine gun.



Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!



\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



## Hingeschaut

„Kein Problem, stellen wir halt wieder befristet beschäftigte Hilfskräfte ein ...“

### SPARPOLITIK

# Das Diktat der Schuldenbremse

2009 hat die Föderalismuskommission die Schuldenbremse beschlossen und im Grundgesetz verankert. Fakt ist: Sie hat in Ländern mit Haushalten in Not den Stellenabbau vorangetrieben. Das führte in Teilen zu dramatischen Zuständen im Bereich der Polizei.

Ralf Walz



**A**uch im Saarland hat die rigorose Sparpolitik unter der Kontrolle des Stabilitätsrates zu absurden Situationen geführt. So musste die Organisation der Polizei schon mehrfach angepasst werden, um den Mangel an Personal irgendwie auszugleichen. Dummerweise gibt es keinen Stabilitätsrat, der die Stellenpläne derjenigen kontrolliert, die sich gegen das Gesetz stellen. Es kamen und kommen immer mehr Aufgaben auf die Organisation zu. Als Beispiele seien nur die Bereiche Internetkriminalität und „Rechte Gewalt“ genannt. Kurz gesagt, das konnte nicht gutgehen.

### Zu viele Aufgaben, zu wenig Polizisten – was tun?

Na klar, unsere Tarifier sollen es richten. Dumm nur, dass auch der dort eingeleitete Stellenabbau fortschreitet. Also heckte unser umtriebiger Innenminister Klaus Bouillon einen Plan aus: Da ungeachtet des bereits 2010 ermittelten strukturellen Haushaltsdefizits mittlerweile die Steuereinnahmen wieder sprudelten, könnte man doch über sogenannte Sicherheitspakete auf speziellen Haushaltstiteln, zumindest be-

fristet, Hilfspersonal für die Polizei einstellen. Das ist dann ja nicht im Stellenplan abgebildet. Das toleriert der Stabilitätsrat, und es kommt beim Wähler gut an. Aber jede Befristung endet irgendwann einmal.

Bewährte Kräfte wieder wegschicken? Nein, das machen wir nicht. Alle irgendwie verfügbaren Stellenanteile im Stellenplan werden zusammengelegt, und somit können die verdienten Kolleginnen und Kollegen dauerhaft übernommen werden. So weit so gut. Dummerweise gibt es jetzt aber, mangels entsprechender Stellen im Stellenplan, keine Möglichkeiten mehr, intern ausgeschriebene höherwertige Stellen mit Tarifbeschäftigten zu besetzen. Es sei denn, diese sind bereits in der Entgeltgruppe eingruppiert, die der Wertigkeit der ausgeschriebenen Stelle entspricht. Das führt zwangsläufig zu der Situation, dass an anderer Stelle eine neue (Personal-)Lücke aufgerissen wird oder sich infrage kommende Beschäftigte gar nicht erst bewerben. Warum auch, wenn man sich nicht verbessern kann?

Im Endeffekt müssen dann Polizistinnen und Polizisten Aufgaben übernehmen, die qualifiziertes Tarifpersonal auch und vielleicht sogar besser ausführen könnte. Dies führt wiederum zu der Situation, dass dort, wo ausgebildete Polizistinnen und Polizisten gebraucht werden, erneut Kräfte fehlen. Kein Problem, stellen wir halt wieder befristet beschäftigte Hilfskräfte ein ...

### Potenzial nutzen

Also: Wir haben immer noch nicht genügend Polizistinnen und Polizisten, um alle anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Wir haben polizeiliche Hilfskräfte beim polizeilichen Ordnungsdienst (POD) und in der Ermittlungsassistenten. Die tun oft schon mehr tun als sie müssten und haben dennoch keine Chancen auf eine mittelfristige Verbesserung ihrer Eingruppierungssituation.

Und schließlich haben wir „altgediente“ Tarifbeschäftigte, deren berufliche Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Polizei, trotz guter Qualifikation und ständig bewiesener Einsatzbereitschaft, quasi nicht mehr vorhanden sind. Deren Potenzial kann nicht annähernd genutzt werden.

Ein hoher Preis fürs Sparen! ■

## Hingeschaut

### TEIL 3

# Wie war es eigentlich 1989?

Noch immer hielten es die Vorgesetzten für wahrscheinlich, dass nach dem 7. Oktober 1989 mit einer Beruhigung der Lage zu rechnen sei. Daran glaubte jedoch zu diesem Zeitpunkt niemand mehr. Manche gingen sogar davon aus, dass die Grenztruppen an der polnischen Grenze dauerhaft in größerer Stärke präsent sein würden.

### Uwe Bräuning

Oberstleutnant N. verwies in einer Dienstversammlung auf die Notwendigkeit einer verstärkten Grenzsicherung an der Oder. Allerdings könne sich die DDR außenpolitisch eine „Mauer im Osten“ nicht leisten.

### Appell auf „unbestimmte Zeit“ verschoben

Je näher der 7. Oktober rückte, desto angespannter erschien die Situation. Für zusätzliche Unsicherheit sorgte ein Gerücht. Demnach sollten alle Angehörigen des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Seelow bis nach den Feierlichkeiten kaserniert untergebracht werden, um bei Unruhen sofort eingesetzt werden zu können. Rechnete man tatsächlich mit einem Geschehen wie am 17. Juni 1953? Nun ja, die Ereignisse vom 4. Oktober 1989, als sich am Hauptbahnhof in Dresden bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Volkspolizei abspielten, blieben auch in Seelow nicht verborgen.

Am 6. Oktober sollte der lang geplante, feierliche Appell zum 40. DDR-Jahrestag im VPKA-Innenhof stattfinden. Aufgrund der Lage entschied sich die Leitung jedoch, den Appell auf „unbestimmte Zeit“ zu verschieben. Zum Feiern war ohnehin niemandem zumute.

Niemandem? Die Tageszeitung „Neuer Tag“ vermittelte auf allen Seiten der Ausgabe Festtagsstimmung. Die Situation war zum Zerreißen angespannt. Doch davon erfuhren die Leser kein Wort. Aber wer Augen im Kopf hatte, brauchte auch keine Zeitung.

### Fahne in Mülltonne entdeckt

Der 7. Oktober verlief im Kreisgebiet ohne relevante Ereignisse. Dafür wurde ich tags darauf gegen 7 Uhr nach Dolgelin beordert. Dort hatte ein aufmerksamer Bürger eine zuvor abgerissene Fahne in einer Mülltonne entdeckt. Das Herunterreißen einer Fahne konnte in der DDR durchaus zu ernsthaften Konsequenzen führen. Nicht jedoch in diesem Fall. Durch den Hinweis eines VP-Helfers konnte der Täter schnell ermittelt werden. Da es sich bei ihm jedoch um einen Kreistagsabgeordneten der Blockpartei CDU handelte, wies die ebenfalls informierte Kreisdienststelle des MfS das VPKA an, sofort sämtliche Ermittlungen einzustellen. Sowohl der Finder als auch der VP-Helfer wurden eingehend belehrt, über das Ereignis zu schweigen. Als Begründung nannte mir der „Operative Diensthabende“ des VPKA Seelow, die Bevölkerung könnte im Fall eines Vorgehens gegen den Kreistagsabgeordneten den Eindruck bekommen, dass

es zwischen SED und CDU zu Diskrepanzen gekommen wäre.

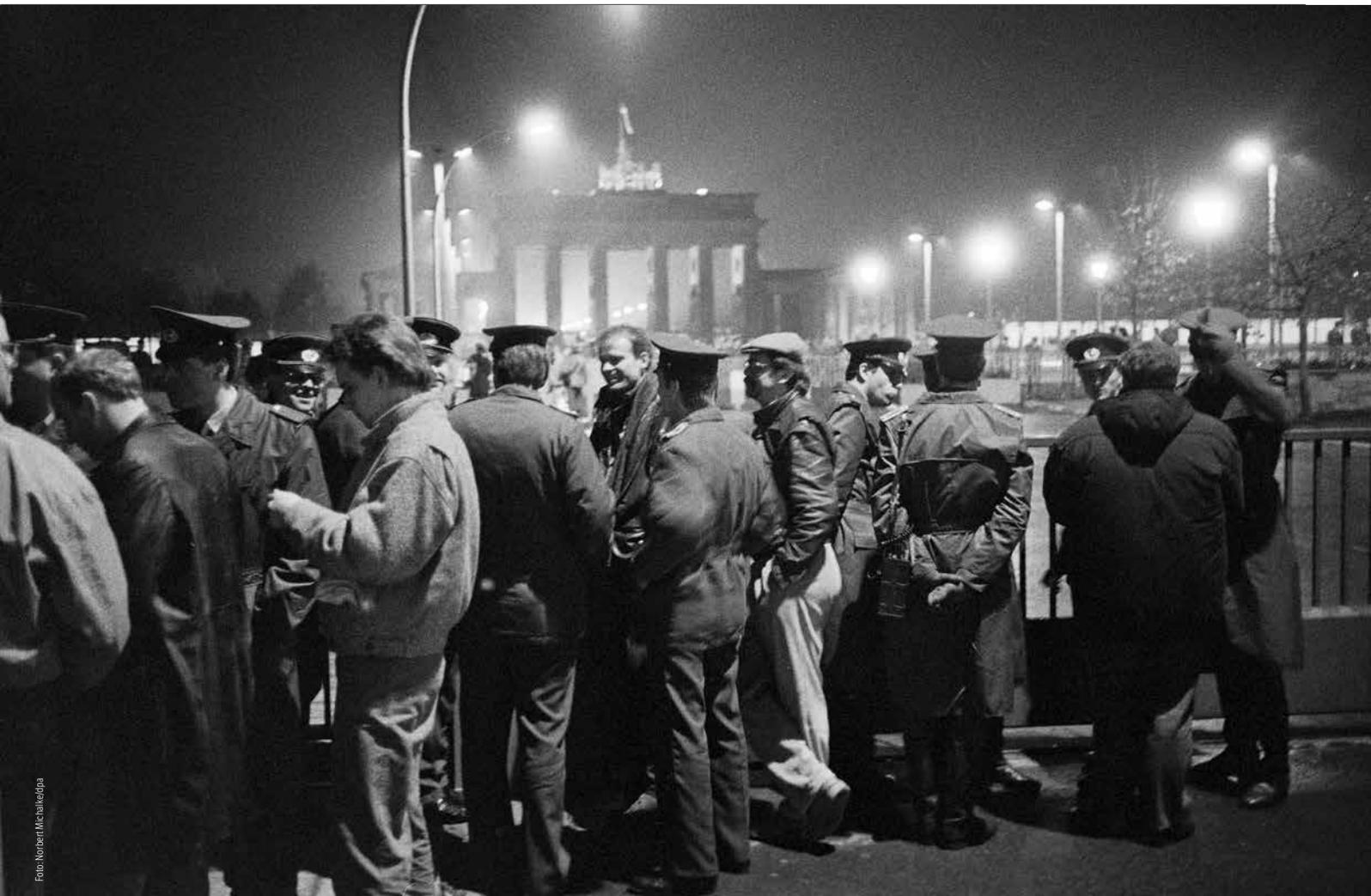
Aus politischem Opportunismus verzichteten VP und MfS auf eine Strafverfolgung. An „normalen Tagen“ hätte der Verursacher eine Menge Probleme bekommen. Ins Gefängnis musste der Kreistagsabgeordnete dennoch. Jedoch erst einige Jahre nach der Wiedervereinigung. Aber nicht wegen einer abgerissenen Fahne, sondern, weil er sich als illegaler Waffenhändler versucht hatte. Das Leben geht zuweilen seltsame Wege.

### „Ich wünsche mir endlich ein Durchgreifen“

Am 9. Oktober wurden alle Abschnittsbevollmächtigten (ABV) in den frühen Morgenstunden zu einer außerordentlichen Dienstversammlung ins VPKA einbestellt. Oberstleutnant N. schilderte in eindringlichen Worten den Ernst der Lage. Zum ersten Mal redete er in aller Offenheit von einer Konterrevolution in der DDR. Manche seiner Worte erschienen mehr als nebulös. Selbst noch drei Jahrzehnte danach: „Genossen, es geht um nichts weniger als um den Erhalt der Macht. Wenn wir diese Macht erhalten wollen, dann werden wir an Bildern wie vom Platz des Himmlichen Friedens in Peking auch bei uns nicht vorbei kommen.“ Oder: „Der Sozialismus ist so eine gute Sache. Um den Sozialismus zu verteidigen, kann man doch einfach nur zur MPI greifen. Wenn ich sehe, was momentan jeden Montag in Leipzig los ist, da wünsche ich mir endlich ein Durchgreifen. Heute sollen dort wieder Demonstrationen stattfinden. Wie lange sollen wir uns das noch bieten lassen? Ich erwarte stündlich Mitteilungen über vom Mob gelynchte Volkspolizisten oder SED-Funktionäre.“

Unter den Zuhörern herrschte entsetztes Schweigen. Mein Nebenmann, ein älterer Hauptmann, flüsterte mir zu: „Von mir aus kann passieren, was will. Hauptsache, es fließt kein Blut.“ Auf den Gesichtern zeichnete sich tiefe Angst ab. Obwohl die Aussage des Amtsleiters im völligen Widerspruch zur tatsächlichen Lage im Kreisgebiet und anderswo in der DDR stand. Die Versammlung fand am historischen 9. Oktober statt. Ich habe mich später immer wieder gefragt, ob der Oberstleutnant den Auftrag hatte, uns auf einen eventuellen Schusswaffeneinsatz in Leipzig vorzubereiten. Darauf deutete ei-

„Genossen, es geht um nichts weniger als um den Erhalt der Macht. Wenn wir diese Macht erhalten wollen, dann werden wir an Bildern wie vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking auch bei uns nicht vorbei kommen.“



Fall der Berliner Mauer: In der Nacht des 9. November 1989 versammelt sich eine Menschenmenge auf der Ostseite des Brandenburger Tores.

niges hin, was sich jedoch bislang nicht beweisen lässt. Mein Versuch, entsprechende Unterlagen in den Akten des VPKA Seelow im Landeshauptarchiv Potsdam zu finden, verlief ergebnislos.

## Zäsur in der Geschichte der Wende

Der 9. Oktober 1989 markierte eine Zäsur in der Geschichte der Wende. Von jenem Tag an ging der Staat allmählich in die Defensive. Die Gewalt wich immer mehr dem Dialog.

Für mich hielt der Oktober weitere Schlüsselerlebnisse bereit, die mich zum Umdenken und zur Abkehr von der SED bewegten. Drei Ereignisse, die mich bis heute beschäftigen: Am 20. Oktober hatte ich den Auftrag, gemeinsam mit einem Offizier der Transport-

polizei die Eisenbahnbrücke zwischen dem Ort Kietz und der gegenüberliegenden polnischen Stadt Kostrzyn auf eventuelle „illegale Grenzgänger“ zu kontrollieren. Dabei betrat und erblickte ich zum ersten Mal einen Teil meiner unmittelbaren Heimat, die nach dem Zweiten Weltkrieg zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden war – und mir völlig unbekannt war. Während der Streife gerieten wir auf polnisches Hoheitsgebiet. Eigentlich ein „unerhörtes Vorkommnis“. Bei mir löste das eine nicht gekannte heimliche Freude aus, ein Land betreten zu haben, das für mich als Volkspolizist eigentlich tabu war.

Plötzlich kamen mir Zweifel am Sinn meines Auftrags. Der bestand darin, andere vom Überschreiten dieser Grenze abzuhalten. Ich dachte an die vielen Menschen, die die DDR zu dieser Zeit über den Umweg über die polnische Grenze und die bundesdeutsche

Botschaft in Warschau verließen. Ich ahnte nun, dass die Menschen diesem Staat auch deshalb den Rücken kehrten, weil sie eben nicht mal eben über eine Grenze in ein anderes Land gehen und genauso unkompliziert wieder zurückkehren konnten.

Noch heute sehe ich den ungläubigen Blick meiner Frau, als ich ihr am Abend von meinem „Ausflug nach Polen“ erzählte. Ich freute mich noch immer, obwohl ich dieses Land an jenem Tag, streng genommen, überhaupt nicht betreten hatte.

## „Ich fühlte mich regelrecht geschockt“

Den zweiten Denkanstoß erhielt ich eine knappe Woche später, als mir mein damaliger Vorgesetzter, VP-Hauptmann Manfred

„Ich lass mir von denen doch nicht meine Polizei versauen“, tönte der Amtsleiter kämpferisch.

B., von einem Gespräch mit einem Offizier der Seelower Kreisdienststelle für Staatssicherheit berichtete. Der Offizier, ein Major, hatte ihm anvertraut, dass man bei der Seelower Stasi bereits seit Jahren davon sprach, dass der ganze Laden eines Tages wie ein Kartenhaus zusammenbräche – geschähe nicht noch ein Wunder. Mit dem Begriff „Laden“ war die DDR gemeint. Ich fühlte mich regelrecht geschockt.

Zuvor hatte ich die Mitarbeiter der Staatssicherheit stets für Menschen gehalten, die hundertprozentig hinter der Politik der SED standen. Jetzt stellte sich heraus, dass die Staatssicherheit, zumindest in Seelow, nicht anders über die Verhältnisse in der DDR dachte, als jeder andere in dem Land – hinter vorgehaltener Hand. Selbst jene, deren Auftrag darin bestand, hinter vorgehaltene Hände zu schauen, bedienten sich offenbar selbst eigener Nischen. Der Stasi-Major beklagte sich gegenüber meinem Chef auch über die SED-Kreisleitung: „Wir haben seitenweise Berichte an die SED-Kreisleitung geschrieben. Berichte, in denen haarklein dokumentiert wurde, warum die Menschen ihr Land verlassen. Aber wahrscheinlich sind unsere Berichte noch vor dem Lesen in irgendeinem Papierkorb gelandet.“

Zehn, höchstens fünfzehn Jahre hatte der Stasi-Offizier der DDR noch gegeben. Aus heutiger Sicht eine mehr als optimistische Sicht. Die mich dennoch in eine tiefe Sinnkrise stürzte.

Ende Oktober äußerte Oberstleutnant N., dass selbst eine Öffnung der Grenzen zur

Bundesrepublik und Westberlin nicht mehr ausgeschlossen werden könne. Die DDR-Regierung suchte dringend nach einem Ventil, um „Druck aus dem Kessel zu bringen.“ Zur „Drucksenkung“ gehörte auch eine Amnestie für all jene, die wegen des Versuchs, die DDR illegal zu verlassen, inhaftiert wurden. Gleichzeitig wurde der Polizeieinsatz an der Oder eingestellt.

Die Bilanz des mehrwöchigen Einsatzes an der Staatsgrenze zu Polen lautete für das VPKA Seelow wie folgt: 46 festgenommene Personen durch VP-Kräfte, 8 durch DDR-Grenztruppen, 13 durch polnische Grenzorgane. Herkunft der „Grenzverletzer“: 4 Personen aus dem Kreis Seelow, 8 aus dem übrigen Bezirk Frankfurt (Oder), 55 aus den übrigen Bezirken der DDR. Der Bericht bemängelte zudem, dass durch die Bevölkerung und die „örtlichen Organe“ keine Hinweise auf eventuelle „Grenzverletzer“ bei der VP oder den Grenztruppen eingegangen seien. Außerdem hätten einige derer, die beim versuchten „illegalen Grenzübergang“ vorläufig festgenommen wurden, ihren Aufenthalt an der Oder zuvor mit einer Angelerlaubnis gegenüber den Sicherheitsorganen glaubhaft legitimiert.

Zur Bilanz gehört auch das Auffinden zweier Leichen in der Oder bei Reitwein und Lebus. Beide waren beim Versuch, das polnische Ufer zu erreichen, ertrunken.

### Mauerfall erwischte uns völlig unvorbereitet

Der Mauerfall in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 erwischte uns, ungeachtet aller Mutmaßungen, dennoch völlig unvorbereitet. Ich selbst hatte mich in jener Nacht heillos betrunken. Aber nicht wegen des Mauerfalls. Den hatte ich in meinem Zustand nicht bemerkt. Auch die Ankündigung eines Herrn Schabowski hatte ich versäumt, denn ich weilte bei einem Geburtstag.

Unter den Gästen befanden sich zwei Herren, die bis vor wenigen Tagen durchaus noch als „stramme SED-Genossen“ angesehen werden konnten. Nun hatten sie der Partei den Rücken gekehrt und sich, verbal und mental, „dem Widerstand angeschlossen.“ In einer geradezu unglaublichen Ausdrucksweise ätzten die beiden frischgebakkenen Ex-Genossen gegen alles und jeden, der nur im entferntesten etwas mit SED, Sta-

si oder VP zu tun hatte. Es kostete mich sehr viel Überwindung, den beiden nicht einfach ein volles Bierglas über den Kopf zu gießen.

So schnell konnte man sich also der eigenen Verantwortung entziehen. Einfach das Parteibuch hinwerfen und schon war man von allen Sünden befreit. Typen wie diese sind mir später noch des Öfteren über den Weg gelaufen. Selbst ein früherer Politoffizier der NVA sah sich plötzlich als „Opfer“. Jedenfalls verzichtete ich darauf, die Köpfe der beiden „Helden“, die schon immer alles gewusst haben wollten, mit Bier zu veredeln. Stattdessen zog ich es vor, den Gerstensaft zu trinken. Je mehr, desto besser. Dazu noch ein paar Schnäpse. Damit ließ sich sogar das selbstgefällige Gelaber ertragen.

Am nächsten Mittag wachte ich mit dröhnendem Schädel auf. Normalerweise hätte ich mich spätestens um acht Uhr telefonisch beim „ODH“ zum Dienstbeginn melden müssen. Ich würde mir wohl eine gute Ausrede einfallen lassen müssen. Noch immer betäubt, drehte ich am Radio. Ich blieb bei dem Sender „RS 2“ hängen. „Wie gefällt es euch in Westberlin?“, fragte ein Reporter eine Gruppe Jugendlicher. „Super“, tönte es vielstimmig. „Könnt ihr euch vorstellen, dass die Mauer nun für immer offen bleibt? Oder wird die DDR die Grenzen wieder schließen?“ Was hat er gerade gesagt? Der Nebelschleier in meinem Kopf war mit einem Schlag zerrissen. Hektisch hastete ich ins Wohnzimmer. Mit fahigen Händen schaltete ich den Fernseher ein. Das kann doch nicht sein! Das muss sich um einen Irrtum handeln. Die Fernsehbilder vertrieben auch noch den letzten Zweifel. Jubelnde Menschenmassen hielten die Mauer besetzt. Beobachtet von untätigen, sichtlich geschockten Grenzern.

### Hier ist die Hölle los

Einige Minuten darauf meldete ich mich von einer Telefonzelle aus im VPKA. Meine Begründung für die späte Meldung, eine akute Magenverstimmung, interessierte den Diensthabenden überhaupt nicht. „Dann lege dich ins Bett. Mensch, hier ist die Hölle los“, polterte der Offizier.

Eine Stunde später traf ich in Seelow ein. Vor dem VPKA hatte sich eine Schlange von mehreren hundert Metern gebildet. Jeder wollte sich ein Visum für einen Tagestrip

ANZEIGE



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

**Telefon: (02207) 76 77** % % %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

nach Westberlin oder in die Bundesrepublik holen.

Am 13. November zog Oberstleutnant N. gegenüber dem „Neuen Tag“ eine Bilanz des ersten Wochenendes nach der Grenzöffnung. Demnach wurden durch die Abteilung Pass und Meldewesen 20.000 Reiseanträge ausgegeben und 6.500 Visa erteilt.

Demgegenüber lohnt sich beispielsweise ein Blick auf die Bilanz derselben Abteilung aus dem ersten Halbjahr 1985: In diesem Zeitraum reisten 772 Alters- oder Invalidenrentner in die Bundesrepublik und 876 nach Westberlin. In „dringenden familiären Angelegenheiten“ wurde 113 Personen die Reise in die BRD und 25 nach Westberlin gestattet. Demgegenüber standen 40 Ablehnungen.

Die Mitarbeiter der Abteilung Pass und Meldewesen standen unter einem enorm hohen Druck. Zu ihrer Entlastung sagte Oberstleutnant N. Verstärkung aus anderen Abteilungen sowie die Einrichtung weiterer Arbeitsplätze zu.

## Hohes Frustrationspotenzial angestaut

Mit der Grenzöffnung entfielen nun die Ermittlungsberichte zu den Reiseantragstellern. Über Langeweile brauchte ich mich dennoch nicht beklagen. Jetzt begann endgültig die Zeit der Dialoge. Überall in den Gemeinden luden lokale Verwaltungen und Politiker die Bevölkerung zur Diskussion ein. Jetzt kamen Dinge zur Sprache, die zuvor höchstens im privaten Bereich diskutiert wurden. Im Laufe der Jahre hatte sich ein hohes Frustrationspotenzial angestaut. Die Funktionäre zeigten sich mit der für sie absolut ungewohnten Situation komplett überfordert. Manch gestammelte Rechtfertigung endete im höhnischen Gelächter der Bürger. Bei einer Veranstaltung in Libbenichen verlas die Gemeindegewester Marie-Luise J. Erlebnisberichte von Opfern der Übergriffe von VP und MfS am 7. und 8. Oktober. In ohnmächtiger Wut ballte ich die Fäuste. Am liebsten hätte ich der Gemeindegewester das Wort entzogen.

Für mich stellte das Gehörte nichts weniger dar, als eine gewaltige Lüge. Ich konnte und wollte mir einfach nicht vorstellen, dass Volkspolizisten wie ich zu den geschilderten

Untaten überhaupt fähig waren. Später musste ich mich eines Besseren belehren lassen. Marie-Luise J. sollte ich übrigens wenige Monate später, bei der gemeinsamen Bergung eines verletzten Trunkenboldes, als eine sehr nette und angenehme Frau kennenlernen. Ihr lag nichts ferner als gegen die Polizei zu hetzen.

Im November organisierte die Seelower Kirche einen Schweigemarsch für die Opfer von Polizeigewalt – begleitet und abgesichert von Seelower Volkspolizisten.

Nach der Umbenennung in „Amt für Nationale Sicherheit“ geriet die ohnehin alles andere als beliebte Staatssicherheit immer mehr in den Fokus des Volkszorns. Manch einer, der zuvor auf einen engen Schulterschluss mit den Genossen des MfS achtete, ging urplötzlich auf Distanz. Zu den ersten Dienststellen, die von Auflösung bedroht waren, gehörte die frühere Kreisdienststelle für Staatssicherheit in Seelow. An den neuen Namen, Kreisamt für Nationale Sicherheit, brauchte man sich wohl nicht allzu sehr gewöhnen. Als sich eines Tages ein paar Mitarbeiter der zur Disposition stehenden Stasi-Dienststelle unverbindlich über die Bedingungen für einen eventuellen Wechsel zur VP erkundigen wollten, verwies sie Oberstleutnant N. persönlich des Hauses.

„Ich lass mir von denen doch nicht meine Polizei versauen“, tönte der Amtsleiter kämpferisch. Gleichzeitig ordnete er an, dass das Kreisamt den täglichen Rapport des VPKA nicht weiter erhalten solle. Außerdem durften die Stasi-beziehungswei-

## Reiner Pawlak auf Appell des VPKA: Dank und Anerkennung

SEELOW. Mit einem Appell begingen gestern früh die Angehörigen des VPKA ihren Ehrentag. Mit einem dreifachen „Hurra!“ beantworteten sie die Glückwünsche Reiner Pawlaks, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED.

In einer Ansprache dankte er den Volkspolizisten und Helfern für ihre hohe Einsatzbereitschaft und hob hervor, daß Ordnung und Sicherheit für die Bürger fester Bestandteil der Lebensqualität sind. In den Dank bezog er die Familienangehörigen ein, die mit viel Verständnis den Dienst ihrer Ehepartner fördern. Er würdigte auch die solidarische Haltung der Volkspolizisten, die im vergangenen Jahr 12 000 Mark spendeten.

Zuvor war Reiner Pawlak erster Gratulant für die ausgezeichneten und beförderten Volkspolizisten, freiwilligen Helfer und Zivilange-

stellten. Ausgezeichnet wurden mit der Medaille „Ehrenzeichen Deutsche Volkspolizei“ Hauptmann der VP Erwin Habecker und Helfer Heinz Bartel, Zechin; mit der Medaille „Ehrenzeichen für hervorragende Leistungen im Brandschutz“ Brandinspektor Joachim Buchwald, Wehrleiter, Seelow.

Die Verdienstmedaille der Organe des MfS in Gold wurde verliehen an Hauptmann der K Gerhard Grzesiak, Hauptmann der VP Horst Scheckel und Meister der VP Hugo Hasenfuß. Sieben Genossen erhielten diese Auszeichnung in Silber, acht in Bronze.

An zwölf Genossen wurde die Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen in den bewaffneten Organen des MfS“ verliehen. Es wurden eine Ernennung zum ersten Offiziersdienstgrad und elf Beförderungen vorgenommen.

se Nasi-Leute nicht mehr in der Kreismeldekartei des VPKA recherchieren. N., der wegen einer in seiner Wohnung verbauten Forster-Heizung in den Verdacht geraten war, unberechtigte Privilegien genießen zu haben, konnte mit solchen Kraftmeiereien gegenüber seinen Mitarbeitern und der Bevölkerung ungemein punkten.

## ABV sammelten Ausweise für Visum-Stempel ein

Punkten konnten auch die ABV. Um den Bürgern den Weg nach Seelow und stundenlanges Warten zu ersparen, wurden die Personalausweise der Einwohner von ihnen eingesammelt und zum Einstampeln des Visums nach Seelow gebracht. Sehr zur Freude der Bevölkerung. Manch einer sah uns nun sogar als echte Volkspolizisten an.

Mittlerweile beteiligte sich fast das gesamte VPKA an der Visa-Verteilung. Selbst der Politoffizier stempelte, im Halbdunkel des Flurs sitzend, Personalausweise ab. Obwohl unter gewissen Umständen noch immer Versagungsgründe bestanden, prüfte niemand mehr die Rechtmäßigkeit. Wer Reisen wollte, durfte reisen.

Am 1. Dezember trat auch ich aus der SED aus. Nach all den Enthüllungen und Enttäuschungen sah ich einfach keinen Sinn mehr in einer Mitgliedschaft. Heute sehe ich den Austritt auch als unnützen Versuch, einen Teil der eigenen Biographie „zu amputie-

„Seit Ende November durften auch Volkspolizisten ‚hinter die Mauer schauen‘. Der bunte Glanz, die prächtigen Häuser und die angenehmen Gerüche beeindruckten mich.

ren“, weil er Probleme bereiten könnte. So etwas funktioniert einfach nicht. Es sei denn, man will auf ewig eine Lebenslüge akzeptieren. Die Worte des Parteisekretärs, als ich ihm das Dokument auf den Tisch legte, höre ich noch heute: „Du willst wohl auch mal Beamter werden?!“ Ich verwarfte mich empört gegen diese Äußerung. Zumal ich mir unter dem Begriff Beamter nicht viel vorstellen konnte.

Am selben Tag fiel auch die Anrede „Genosse“ in der Volkspolizei und den anderen „Bewaffneten Organen“ weg. Sechs Jahre lang war ich der Genosse Bräuning. Von nun an gab es nur noch den Herrn Bräuning. Herr Hauptwachtmeister der VP. Daran musste ich mich erstmal gewöhnen.

### Volkspolizisten durften hinter die Mauer schauen

Seit Ende November durften auch Volkspolizisten „hinter die Mauer schauen“. Der bunte Glanz, die prächtigen Häuser und die angenehmen Gerüche beeindruckten mich. Mehr noch jedoch die Begegnung mit einem unscheinbaren älteren Herrn in einem Westberliner Kaufhaus. Meine Frau hatte dort Wegwerfwindeln der Marke Pampers entdeckt. Für unseren damals erst wenige Monate alten Sohn standen uns nur Stoffwindeln, die nach jedem Gebrauch gewaschen werden mussten, zur Verfügung.

Wegwerfwindeln hätten meiner Frau große Erleichterungen beschert. Aber sollten wir deshalb unser kostbares West-Geld ausgeben? Zwischen uns entwickelte sich ein Disput. Dabei übersahen wir, dass neben uns ein älterer Herr stand. Unversehens sprach er uns an: „Entschuldigen Sie bitte. Ich habe ihr Gespräch belauscht. Packen Sie die Windeln in den Korb. Ich übernehme die Bezahlung.“ Irritiert lehnte ich das für mich unverständliche Ansinnen ab. Während meine Frau begeistert auf das Angebot einging. „Nein“, wiederholte ich noch einmal. „Das können wir nicht annehmen.“ „Ach bitte“, flehte der Alte mich regelrecht an, „Sie würden mir eine große Freude bereiten. Schon seit Wochen warte ich auf eine Gelegenheit, Freunden aus der DDR einen Gefallen zu tun. Bitte, geben Sie sich einen Ruck! Ihr hattet es die ganzen Jahre so schwer.“

Ich wäre vor lauter Scham am liebsten im Boden versunken. Was würde der Mann

wohl sagen, wenn er erführe, dass er im Begriff stünde, einen Teil seiner gewiss nicht üppigen Rente an einem Volkspolizisten, der vor wenigen Tagen darüber hinaus noch der SED angehörte, „zu verschwenden.“ Ich fand nicht den Mut, mich gegenüber dem Mann zu outen. Stattdessen bedankte ich mich bei ihm, nahm das Geld für die Windeln an, die ich sofort bezahlte. Dann verließ ich das Geschäft, ohne mich noch einmal umzusehen.

Selten zuvor hatte ich mich erbärmlicher gefühlt, als in diesem Moment. Von dem „stolzen Volkspolizisten“ war nicht mehr viel übrig geblieben. Auf dem Weg zur U-Bahn sah ich einen Westberliner Polizisten, der, ein Funkgerät in der Tasche seines grünen Uniform-Anoraks tragend, in ein Gespräch mit türkischen Gemüsehändlern vertieft war. Erneut breitete sich in meinem Kopf dieses „Was

wäre wenn-Spiel“ aus. Was wäre wenn ich den Polizisten als „Herr Kollege“ angesprochen und mich als Volkspolizist vorgestellt hätte? Ich sah es als sehr wahrscheinlich an, dass ich in seinen Augen kein gleichwertiger Kollege war. Allenfalls ein Büttel des SED-Regimes. Hatten wir nicht stets die West-Polizisten als „willfährige Diener des Kapitals“ bezeichnet? Was hat man nur mit uns gemacht? Oder anders herum – was haben wir nur mit uns machen lassen?

### Rauchwolken aus dem Heizhaus

Die folgenden Tage brachten das endgültige Ende der Staatssicherheit im Kreis Seelow. Der Leiter der Kriminalpolizei und der Kreisstaatsanwalt, die drei Monate zuvor Ermittlungen wegen Diebstahls von Volkseigen-

ANZEIGEN

## REISEMARKT



**Action mit wasser-c-raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 123,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at



**Algarve/Portugal:** Zaubrerhafte kleine Pension in Meeresnähe heißt euch herzlich willkommen. [www.otartufo.com](http://www.otartufo.com)

**Franken bei Bamberg,** eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend. Lift. 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, W. Schober, 96126 Pfaffendorf

[www.Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

## SOMMER PAUSCHALE

**ALL IN ONE**

**1 Woche Halbpension & Silvrettagard ab €448,-**

**KOSTENLOS INKLUSIVE**  
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta,  
Wanderbus, Frei- u. Hallenbäder,  
**Badensee**, gef. Wanderungen, MTB  
Verleih, Wellness. Kinderermäß.,  
Wander- u. Kinderprogramm vom TVB  
**Vieles neu ab Sommer 2019!**

[www.postsee.at](http://www.postsee.at) info@postsee.at



**POST**  
HOTEL

★★★★

Fam. A. Handle  
A-6553 See, Au 164  
T +43-5441-8219




**9. November 1989: Die „Aktuelle Kamera“ berichtet über die neuen Reiseregulungen für DDR-Bürger. Es fielen die mittlerweile legendären Worte des SED-Politbüromitglieds Günter Schabowski (oben Mitte): „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Alle DDR-Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin waren für DDR-Bürger geöffnet.**



Foto: Klaus Winkler/opa

tum untersagt hatten, nahmen persönlich an der Besetzung des „Kreisamtes für Nationale Sicherheit“ teil. Zuvor hatten Rauchwolken aus dem Heizhaus der Dienststelle tagelang die Luft in Seelow verpestet. Angeblich hatten die für die Entlassung vorgesehenen Mitarbeiter lediglich nicht mehr benötigte Schulungsmaterialien verbrannt.

Die im „Neuen Tag“ lancierte Begründung, forcierte nur das Aus der Dienststelle. An ihrem letzten Arbeitstag mussten die Stasi-Leute in den Speisesaal einrücken, ihre Dienstaussweise in eine Kiste werfen und dem eigens aus Frankfurt (Oder) angereisten Mitarbeiter der „Kaderabteilung“ die Entlassungsurkunde quittieren. Das war’s! Währenddessen räumte die Volkspolizei die Waffenkammer aus. Die ehemaligen „Bruderorgane“ würdigten sich keines Blickes mehr.

Auch in Lebus, Manschnow und Treplin standen die Bürger vor Objekten der Staatsicherheit. Der Sturm auf die Stasi bedeutete auch das Aus für eine Dienststelle der zur Volkspolizei gehörenden „KI/U“ in Lebus, Kietzer Chaussee. Dort residierte jahrelang, hinter hohen Zäunen, getarnt als „Ingenieurtechnisches Büro“, eine ebenso streng geheime, wie erfolgreiche Observationsseinheit.

Nach dem mit großer Spannung und bangen Erwartungen entgegen gesehenen Sonderparteitag der SED zog sich die zuvor allmächtige Partei nun endgültig aus allen

Betrieben und Einrichtungen zurück. Am 12. Dezember fand letztmals eine SED-Versammlung im VPKA Seelow statt. Wegen der großen Bedeutung nahmen auch alle ehemaligen SED-Mitglieder an der denkwürdigen Veranstaltung, auf der die Auflösung der Grundorganisation bekannt gegeben wurde, teil.

Einige Anwesende nutzten die Gelegenheit, um in Redebeiträgen mit leitenden Offizieren des VPKA abzurechnen. Heftiger Kritik sahen sich vor allem Politoffizier Major Artur B. und der Amtsleiter ausgesetzt. Andere brachten zum Ausdruck, von der SED ausgenutzt und betrogen worden zu sein. Besonders enttäuscht zeigten sich vor allem ältere Volkspolizisten, die vor den „moralischen Scherben ihres Berufslebens“ standen.

Die Parteileitung versuchte zum letzten Mal, die sich auflösende Parteigruppe auf einen gemeinsamen Kampf um die politische Macht im Land einzuschwören. Die Parteileitung suggerierte den Zuhörern, dass ihr weiteres berufliches Schicksal eng mit dem politischen Schicksal der SED verbunden sei. Mit dem Gefühl, einer unsicheren Zukunft entgegen zu gehen, endete für mich das Jahr 1989. Würde uns die SED mit in den Abgrund reißen?

Heute, dreißig Jahre später, ist diese Frage längst beantwortet. Die Volkspolizei hatte, ohne es damals zu wissen, im Dezember 1989 eine Befreiung erlebt. Und zwar von ei-

ner Partei, die selbstherrlich in alle Bereiche vordrang, sogar das Denken und Handeln bestimmte. Der Weg zu einer Entwicklung in Richtung einer Polizei nach demokratischen Prinzipien war jedoch noch lang. Aber auch der weiteste Weg beginnt nun einmal mit einem ersten Schritt.

Gerade heute weiß man aber auch, dass diese Demokratie, die uns mittlerweile selbstverständlich erscheint, akut bedroht ist. Von einer Partei, die mit der Demokratie nicht viel am Hut hat und ihre Arme, wohl nicht zufällig, in Richtung Polizei ausstreckt. Ich kann nur hoffen, dass sich die Polizei nicht irgendwann erneut von einer sich „allmächtig“ fühlenden Partei missbrauchen lässt. Wenn es für mich eine Lehre aus der Wende gibt, dann diese.

Abschließend eine Anmerkung: Leider reicht der Platz hier nicht aus, um alle Geschehnisse in Seelow während der Wendezeit ausführlich zu schildern. Ich habe jedoch vor einigen Jahren eine ausführliche schriftliche Dokumentation der Ereignisse, vom 1. Januar 1989 bis 3. Oktober 1990, angefertigt. Wer Interesse an der Dokumentation hat, der kann sich jederzeit über diese E-Mail-Adresse an mich wenden:

[uwebraeuning1047@googlemail.com](mailto:uwebraeuning1047@googlemail.com)

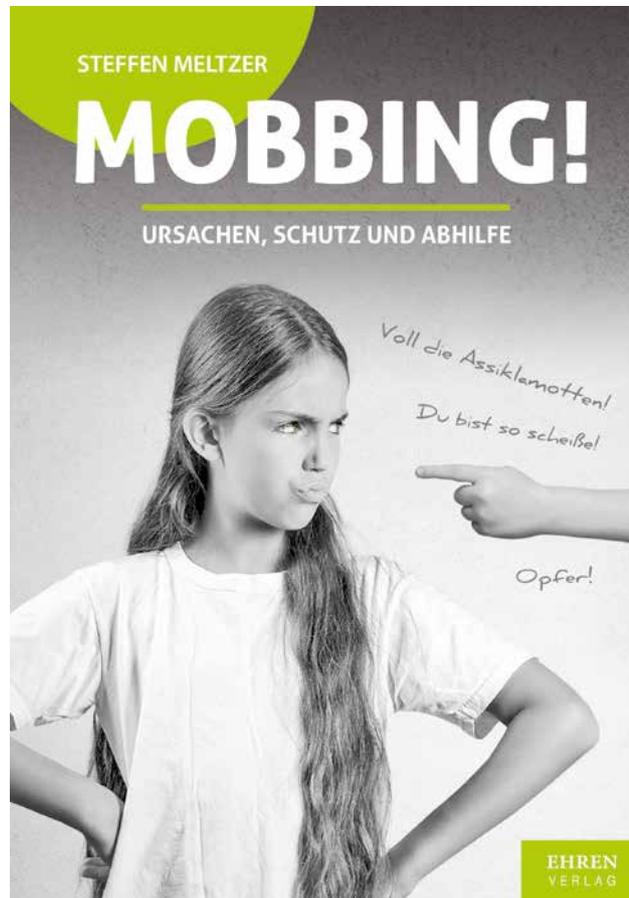
## Buchtipps

# Mobbing! Ursachen, Schutz und Abhilfe

**F**ür viele Menschen ist Mobbing trauriger Alltag. Regelmäßig durchleben sie hilflos seelische Qualen – ob in der Schule, im Berufs- oder Privatleben. Die Folgen für die Opfer können dramatisch sein, insbesondere dann, wenn es für sie keinen Weg aus der Misere herauszugeben scheint. Umso wichtiger ist es, den Betroffenen Möglichkeiten zur Selbst- und Fremdhilfe aufzuzeigen.

Der Autor und zertifizierte Trainer Steffen Meltzer geht Mobbing mit seinen vielfältigen Verhaltensperversionen auf den Grund. Er zeigt Faktoren auf, die für die Entstehung von Mobbing ursächlich sind und leitet daraus Konsequenzen zum Schutz und zur Abhilfe ab – für Opfer, Angehörige, Lehrer, Vorgesetzte und andere Interessierte.

Polizeibeamte ziehen die Versandkosten in der Höhe von 1,90 Euro selbstständig vom Gesamtpreis bei der Überweisung ab und vermerken in der Bestellung „GdP“.



### Mobbing! Ursachen, Schutz und Abhilfe

Steffen Meltzer  
EHREN Verlag,  
1. Auflage, 2020,  
148 Seiten, 15,99 Euro,  
ISBN 978-3981955941

Das Buch online bestellen:



ANZEIGEN

## KAPITALMARKT

**Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

**0800 - 1000 500** Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.

**NEUER exklusiver Beamtenkredit** - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig!

**2,50%** echter Vorteilszins  
\*\*\*\*\*  
effektiver Jahreszins

**SUPERCHANCE** Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen. *Exklusivzins sehr gut*

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!  
**Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen**

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel.: 06241 173180-0  
info@ak-finanz.de  
www.AK-Finanz.de

### Finanzierung Hausbesitzer

Kreditzusammenfassung  
bis 50 % Raten senken,  
Kreditkündigung, Zwangs-  
versteigerung, neg.Schufa  
[www.ihr-bankpartner.de](http://www.ihr-bankpartner.de)  
Tel.: 03681-351703

### PECUNIA GmbH seit 1980

**Zinsgünstige Kredite/Hypotheken**  
für Beamte, Angestellte, Rentner bis  
95 Jahre. Ohne Auskunft bis € 15.000  
**Tel. 0201/22 1348**  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer  
Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen  
von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren  
oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie  
uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**www.Polizeifeste.de**  
**Alle Polizeifeste auf einen Blick**



### JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps  
auf dem Präventionsportal der  
Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei  
Das Präventionsportal

## Hingeschaut



### DAS 3. WAFFENRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ

# Drei Ziele im Visier

Am 19. Februar 2020 wurde das 3. Waffenrechts-Änderungsgesetz (WaffRÄndG) im Bundesgesetzblatt Nr. 7 verkündet. Es tritt zu vier verschiedenen Zeitpunkten, beginnend mit dem Tag nach der Verkündung (20. Februar 2020) bis 1. September 2021 für unterschiedliche Teilregelungen in Kraft. Und darum geht es ...

Hans Jürgen Marker

Durch das sogenannte Artikelgesetz werden sieben Vorschriften geändert: das Waffengesetz, die Allgemeine Waffengesetz-Verordnung, das Beschussgesetz, Sprengstoffgesetz, Bundesmeldegesetz und das Aufenthaltsgesetz. Das Gesetz zur Errichtung eines Nationalen Waffengesetzes wird mit Wirkung zum 1. September 2020 durch das neu gefasste Gesetz über das Nationale Waffenregister ersetzt.

### Drei Ziele

Mit den Änderungen soll die sogenannte EU-Feuerwaffenrichtlinie (2017/853 v. 17. 5. 2017) in nationales Recht umgesetzt werden. Damit verbindet der Gesetzgeber im Wesentlichen drei Ziele:

1. der illegale Zugang zu Feuerwaffen soll erschwert werden,
2. der Lebenszyklus einer Schusswaffe, einschließlich ihrer wesentlichen Teile, soll vom Zeitpunkt ihres Entstehens (oder Verbringens nach Deutschland) bis zur Vernichtung der Waffe (oder des Verbringens aus Deutschland) behördenseitig rückverfolgbar sein und
3. die Verwendung von Schusswaffen aus legalem Besitz soll für die Begehung terroristischer Anschläge erschwert werden.

Hierzu wird das Waffengesetz mit zahlreichen Meldepflichten, insbesondere auch elektronischer Art, Kennzeichnungsregelungen, technischen Vorgaben und umfangreichen Neuregelungen über den Umgang mit Salut- und Dekowaffen, ausgestattet. Daneben gibt es noch zahlreiche redaktionelle Änderungen – und auch zwei Änderungen für Jäger. Nicht zu vergessen sind natürlich die politisch heiß diskutierten Waffenverbotszonen für bestimmte Messer sowie die Überprüfung von waffen- und sprengstoffrechtlichen Erlaubnisinhabern durch den Verfassungsschutz enthalten.

### Die wesentlichen Änderungen

1. Bedürfnisprüfung: Die jeweils örtlich zuständige untere Waffenbehörde prüft unter anderem, ob der Antragsteller ein

Bedürfnis zum Beispiel für den Erwerb und Besitz einer erlaubnispflichtigen Waffe hat. Ist dies der Fall, erhält er die dem Bedürfnis entsprechende Erlaubnis in Form einer Waffenbesitzkarte. Die Behörde war bislang verpflichtet, dieses Bedürfnis nach drei Jahren zu überprüfen. Danach war es ihr freigestellt, weitere Überprüfungen durchzuführen. Die fortführende Überprüfung wurde jetzt in eine „hat“-Regelung umgewandelt. Die Behörde prüft also ab sofort im dreijährigen Turnus das Bestehen des Bedürfnisses. Wird dabei festgestellt, dass ein solches nicht mehr besteht, sind die im Besitz befindlichen Waffen in angemessener Zeit einem Berechtigten zu überlassen.

2. Inhaber eines gültigen (das heißt gelösten!) Jahresjagdscheines wird ein Bedürfnis zum Erwerb und Besitz von Schalldämpfern für jagdlich zugelassene Langwaffen sowie zur Verwendung bei der Jagd und zum jagdlichen Übungsschießen anerkannt. Der obligatorische Eintrag in die Waffenbesitzkarte (WBK) bleibt bestehen, aber ein bisher erforderlicher Voreintrag entfällt.

Wiederum mit gelöstem Jahresjagdschein dürfen Jäger künftig Nachtsichtvor- und -aufsatzgeräte (in Kombination mit der Zieloptik auch als Nachtsichtgeräte beziehungsweise Nachtzielgeräte bezeichnet – siehe hierzu die WaffVwV (Waffenverwaltungsvorschrift) vom 5. März 2012) erwerben, besitzen und zur Jagd einsetzen. Voraussetzung für die Nutzung ist allerdings, dass die jeweiligen Landesjagdgesetze eine solche erlauben.

3. Bei Sportschützen werden künftig die Bedürfnisse zum Erwerb und zum Besitz unabhängig voneinander geregelt. Der Erwerb von Schusswaffen nebst dazu gehöriger Munition setzt voraus, dass der Antragsteller seit zwölf Monaten den Schießsport in einem Verein mit erlaubnispflichtigen Schusswaffen betrieben und den Schießsport innerhalb der vergangenen zwölf Monate entweder mindestens einmal monatlich ausgeübt – oder dies im Jahreszeitraum mindestens 18-mal getan hat. Das Bedürfnis zum Besitz wird nur anerkannt, wenn der Antragsteller den Schießsport

in den letzten 24 Monaten mit einer eigenen erlaubnispflichtigen Waffe betrieben hat – und zwar entweder mindestens alle drei Monate in diesem Zeitraum einmal oder mindestens sechs Mal in einem abgeschlossenen Zeitraum von jeweils zwölf Monaten. Natürlich muss dies alles durch den Verein bescheinigt werden, die Waffen müssen vom Schießsportverband, dem der Verein angehört, als Sportwaffen zugelassen sein und vom Schützen für Wettkämpfe tatsächlich benötigt werden. Einzige Erleichterung: Nach zehnjährigem Eintrag einer Schusswaffe in die gelbe WBK kann das Bedürfnis mit einfacher Bescheinigung des Vereins über das Fortbestehen der Vereinsmitgliedschaft nachgewiesen werden. Die 3+2-Regel (Lang-/Kurz Waffen) sowie die Zuwachsregel von maximal zwei Waffen pro Halbjahr bleibt im Übrigen unverändert.

4. Die Pflicht zum Führen von Waffenbüchern durch Waffenhändler wird im Waffengesetz komplett gestrichen und in das neue Waffenregistergesetz (Artikel 3 des 3. WaffRÄndG) übertragen. Das händische Führen der Bücher, das noch bis 31. Dezember 2020 Bestand hat, wird fortan auf elektronischem Weg erfolgen. Damit entfällt auch die Pflicht beziehungsweise Möglichkeit des Waffenhändlers, gewisse technische Daten in die WBK des Käufers einzutragen.
5. Die Kennzeichnung der wesentlichen Teile von Schusswaffen wird um zwei Punkte erweitert: ein zweistelliges Landeskürzel nach ISO-Norm 31661 des Herstellungslandes sowie bei Drittstaaten-Importen das Landeskürzel dieses Staates, nebst Importjahr. Hierzu gibt es auch neue, umfangreiche Pflichten für Waffenhersteller und -händler.
6. Die Bestimmungen über das Verbringen (Ein-, Aus- und Durchfuhr bei Aufgabe der Besitzgewalt) und das Mitnehmen (vorübergehende Ein-, Aus- oder Durchfuhr ohne Aufgabe der Besitzgewalt) wurden übersichtlicher und eindeutiger als bisher gefasst.
7. Die Anzeigepflichten für den Umgang mit Waffen wurden komplett neu gefasst

und in den Paragrafen 37a bis 37i festgelegt. Einige Anzeigen können neben der herkömmlichen Schriftform künftig auch auf elektronischem Weg erfolgen.

8. Salutwaffen (ehemals scharfe Waffen, die nach Umbau nur noch Kartuschenmunition verschießen können) sind nun in einem neuen Paragraph 39b geregelt. Für deren Erwerb und Besitz ist ein Bedürfnis erforderlich (Theateraufführungen, Foto-, Film- und Fernsehaufnahmen, kulturelle- und Brauchtumsveranstaltungen).
9. Auf Betreiben des Bundesrates wurde in Paragraph 42 ein neuer Absatz 6 eingestellt. Dieser verbietet an bestimmten Orten mit hoher Besucherfrequenz das Führen von Messern mit feststehender oder feststellbarer Klinge mit einer Klinge über vier Zentimeter. Die Entscheidung, solche Verbotszonen einzurichten, bleibt den Ländern überlassen. Diese sind aber verpflichtet, umfangreiche Ausnahmen zuzulassen.
10. In der Anlage 1 (Waffenliste) wurden im Abschnitt 1 die sogenannten Pfeilabschussgeräte (vergleichbares Aussehen wie Armbrüste; Energiequelle ist jedoch keine gespannte Sehne, sondern eine CO<sub>2</sub>-getriebene Abschusseinrichtung) aufgenommen. Der Abschnitt 1.3 (Wesentliche Teile) wurde umfangreicher und präziser gefasst. Neu eingeführt wird das „Führende wesentliche Teil“ in Abschnitt 1.3.2. Auch die Dekowaffen (komplett deaktivierte, ehemals scharfe Schusswaffen) sowie die Salutwaffen wurden präziser definiert. Im Abschnitt 3.5 wurden die Wechselläufe in Wechselsystemen in Austauschläufe umbenannt.
11. Neu in die Anlage 1 wurden die Magazine aufgenommen und präzise definiert. Für diese gilt gemäß Anlage 2 ein Maximum von 20 Patronen für Kurz Waffen und 10 Patronen für Langwaffen. Magazine, einschließlich Waffen mit eingebauten Magazinen, die eine größere Kapazität aufweisen, sind dann verboten.
12. Aufgrund von EU-Vorgaben mussten auch die Waffenkategorien von bislang

vier in jetzt drei umgebaut werden. Die Kategorie D wurde aufgehoben. Die bisherigen Unterkategorien wurden weiter differenziert, sodass die Einträge in den Hauptgruppen von 17 auf nunmehr 25 angewachsen sind und – je nach Betrachtungsweise – in ungünstigere Gruppen verschoben wurden.

**13.** Auch die Anlage 2 (Verbots- und Erlaubnistatbestände) wurde geändert. So bleiben Vollautomaten, auch wenn sie unbrauchbar gemacht wurden, verboten. Grundsätzlich dürfen Dekowaffen – mit Ausnahme der vorstehend genannten Vollautomaten – erlaubnisfrei geführt werden.

**14.** Zu guter Letzt wurden, wie bei jeder größeren Änderung des Waffengesetzes, umfangreiche Übergangsregelungen eingestellt. Diese – auch für die Polizei bedeutenden – Bestimmungen sind hier aus Platzgründen nicht abgedruckt, stehen jedoch in der Onlineausgabe dieser DP Interessierten auf [gdp.de](http://gdp.de) zur Verfügung.

## Kommentiert

„Die Jäger sollen als Schädlingbekämpfer missbraucht werden.“

### 3. WAFFENRECHTS-ÄNDERUNGSGESETZ

# (K)ein großer Wurf?

Jetzt liegt es endlich auf dem Tisch. GdP-Waffenrechtsexperte Hans Jürgen Marker hat das modifizierte Regelwerk ins Visier genommen. Auf jeden Fall wünscht er sich mehr Professionalität.

Hans Jürgen Marker

Gemessen an den Zielen, die sich der Gesetzgeber selbst gestellt hat, dürfte das Gesetz weit hinter den Erwartungen bleiben. Wer Besitzer von Salutwaffen unter einen Erlaubnisvorbehalt stellt, es aber unterlässt, Vorschriften über die Aufbewahrung zu machen, und glaubt, damit Terroristen abschrecken zu können, der irrt.

Ebenso fragwürdig ist das von Niedersachsen betriebene Verbot von Messern mit starren Klingen, die länger als vier Zentimeter sind. Sicher kann man mit solchen „Waffen“ sogar Menschen umbringen. Das Problem, dass Personen solche Messer womöglich nicht nur führen, sondern auch entschlossen sind, sie gezielt als Angriffswaffe einzusetzen, löst dieses Verbot nicht.

Und dann noch das vermeintliche „Schmankerl“ für die Nutzer sogenannter Nimrod-Gewehre. Handelt es sich bei der Neuerung etwa um ein Entgegenkommen an die Jägerschaft? Weit gefehlt! In Wirklichkeit geht es hier um die vor der Tür stehende Afrikanische Schweinepest (ASP). Für Menschen ist sie völlig ungefährlich. Das gilt jedoch nicht für die Bestände der Mastschweine-Halter – nebst tangierten Wirtschaftszweigen. Die Jäger sollen als Schäd-

lingsbekämpfer missbraucht werden. Nur dafür erhalten sie Schalldämpfer und Nachtsichttechnik.

Nicht minder fraglich: Auch den Sportschützen werden Daumenschrauben angelegt. Das ständige Erweitern von Zeiten der Vereinsmitgliedschaft und Erhöhen der Schießfrequenzen bringt eben so wenig wie der heiß diskutierte Gang zur Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) durch Sportschützen und Jäger.

Deutschland hat eines der restriktivsten Waffengesetze. Das ist im Grunde auch gut und richtig. Der Gesetzgeber sollte aber aufpassen, dass er mit Augenmaß vorgeht und nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Ich jedenfalls hätte mir mehr handwerkliche Arbeit gewünscht. Wie die längst überfällige Anpassung der Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz. Stattdessen werden die Bezeichnungen für Absätze in Paragraphen von „Abs.“ in „Absatz“ geändert und verständliche Angaben durch Verweise auf EU-Richtlinien – die keiner versteht – ersetzt. Für die nächste Änderung des Waffengesetzes (WaffG) wünsche ich mir mehr Professionalität und etwas weniger politischen Aktionismus. ■

## Hilfreich

### Mit welchen Tipps lässt sich bei der Steuererklärung Geld sparen?

Kurz, unkompliziert und günstig hilft bei solchen Fragen die speziell auf Polizeibeschäftigte zugeschnittene Online-Anwendung [steuererklaerung-polizei.de](#). GdP-Mitglieder erhalten darauf Rabatt. Seit Frühjahr 2019 besteht eine Kooperation mit der der forum GmbH, die unter anderem für die Online-Anwendung „Lohnsteuer Kompakt“ bekannt ist.

#### STEUERWISSEN FÜR DIE POLIZEI

# Werbungskosten senken die Steuerlast

Die jährliche Steuererklärung: für die einen, eine lästige Pflicht – für die anderen mit einem gewissen Spaß verbunden. Warum? Angestellte und Beamte bekommen in der Regel Geld zurück.

**E**in großer Hebel, damit das Finanzamt Geld zurücküberweist, sind die sogenannten Werbungskosten. Das sind die Kosten, die im Zusammenhang mit dem eigenen Beruf anfallen, also etwa Anschaffungskosten für Spezialausrüstung oder Uniform – falls diese nicht gestellt werden.

1.000 Euro werden automatisch für jeden Erwerbstätigen und somit natürlich auch für Polizisten berücksichtigt. Sobald Sie diese Summe pro Jahr überschritten haben, zählt jeder Euro. Denn dann hilft jeder Beleg und jede genutzte Pauschale dabei mit, die individuelle Steuerlast zu senken.

### Berufstypische Werbungskosten bei der Polizei

#### Fahrten zur Wache

Pro Kilometer einfacher Wegstrecke werden 30 Cent angerechnet. Wenn Sie also bei ei-

ner 5-Tageweche im Jahr 230 Mal 20 Kilometer zur Polizeiwache fahren, können Sie insgesamt 1.380 Euro absetzen, egal mit welchem Verkehrsmittel Sie fahren. Alternativ können Sie aber auch die tatsächlich anfallenden Kosten abziehen, etwa wenn die Jahreskarte für den Bus 1.500 Euro kostet.

#### Arbeitsmittel

Wenn Polizisten auch zu Hause arbeiten und dafür Büromaterialien benötigen, können sie dafür pauschal 110 Euro im Jahr ansetzen. Auch ein Computer oder Smartphone können bei überwiegend beruflicher Nutzung abgesetzt werden.

#### Telekommunikationskosten

Viele Polizisten müssen auch in der Freizeit erreichbar sein. Das ist nicht immer angenehm, führt aber immerhin dazu, dass Kosten für Telefon und Internet steuerlich absetzbar sind. Polizisten können deshalb die Hälfte der Grund-

gebühren und 20 Prozent der Gesprächskosten als Werbungskosten geltend machen.

#### Versicherungen

Wenn Sie sich beruflich absichern, also etwa eine Berufshaftpflicht, Unfallversicherung oder eine Rechtsschutzversicherung abschließen, so können Sie diese Kosten ebenfalls als Werbungskosten absetzen.

#### Fortbildungen

Wenn Sie eine berufliche Fortbildung besuchen, können Sie die anfallenden Kosten ebenfalls steuerlich geltend machen. Dazu gehören die Seminarkosten, aber auch Anfahrts- und Übernachtungskosten. Anders als bei der Anfahrt zum Arbeitsplatz lassen sich hier sowohl Hin- als auch Rückfahrt mit 30 Cent pro gefahrenem Kilometer ansetzen.

#### Verpflegungsmehraufwand

Wenn Sie aus beruflichen Gründen an einem anderen Ort im Einsatz sind, oder aber eine Fortbildung machen, so können Sie auch den so genannten Verpflegungsmehraufwand steuerlich absetzen. Bei einer Abwesenheit ab acht Stunden können Sie eine Pauschale von 14 Euro ansetzen, ab 24 Stunden sind es 28 Euro am Tag.

#### Fachliteratur

Wenn Sie sich in Ihrem Arbeitsbereich durch das Lesen von Fachartikeln und Büchern weiterbilden, so können Sie auch diese Kosten als Werbungskosten ansetzen. Wichtig ist aber, dass wirklich ein beruflicher Zusammenhang besteht.

**15€** Rabatt für GdP-Mitglieder

Online-Steuererklärung für Polizistinnen und Polizisten



PC Magazin

SEHR GUT

www.pc-magazin.de 04/2019

~~34,95€~~  
**19,95€**  
nur für  
GdP-Mitglieder

GdP-Mitglieder können ihre Steuererklärung ab sofort noch besser und günstiger erledigen.

Und so geht's:

1. Gutschein-Code auf [www.gdp.de](#) abrufen
2. Auf [Steuererklaerung-Polizei.de](#) registrieren
3. Gutschein-Code vor Bestellabschluss eingeben
4. Steuererklärung abschicken



Dein Code:

**gdp-meinesteuer**

gültig bis 15. August 2020

Jetzt registrieren und kostenlos testen:  
**Steuererklaerung-Polizei.de**

Link zum Angebot unseres Kooperationspartners

# Soziale Medien



## Besucht uns im Netz

-  GdP.de
-  gdp.bund
-  @gdppresse
-  gdp.de



**#unsereGdP**  
 Die GdP tut Gutes, wir reden darüber. Einblicke gibt es ab sofort hier. Den Anfang machte der BFA Verwaltung:  
**#damitderladenläuft**

**Ente gut, alles gut.**  
 Kollege Schnabel bringt Aktuelles auf den Punkt – mit Humor. Zumindest wir finden es amüsant: Grüße aus der **#quarENTene**



## Bilder des Monats



Hier stellen wir monatlich das klickstärkste Instagram-Bild vor. Los geht's mit Bundespolizistin Sophie, Protagonistin unserer Titelseite.



Der DGB hat den Anwärterbezüge-Report 2020 veröffentlicht. Die JUNGE GRUPPE (GdP) kritisiert die große Besoldungsschere zwischen den Bundesländern und fordert: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

# Was das Netz bewegt...



**#neutralitaetspflicht**

**Po|li|zist, der; Po|li|zis|tin, die:**  
 Ein Mensch.  
 Ist verfassungstreu.  
 Unterliegt der Neutralitätspflicht.  
 Muss das Grundgesetz schützen.  
 Aber: Darf eine Meinung haben.

Darum gibt die GdP der Polizei eine Stimme.



 Genau meine Meinung, absolut meine GdP.

 Unsere Polizei wird niemals wieder zum Instrument von Faschisten, die die Werte einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft mit Füßen treten.



 Solange die AfD nicht verboten ist, gilt auch dort ganz klar: Die Meinung kann sich der Herr Beamte sonstwo hinstecken, wenn er in Uniform spricht.

 Also ich wähle die Partei, welche sich an eben diese Verfassung oder Grundgesetz hält und auf dessen Durchsetzung pocht, nämlich die AfD. Und Herr Maas darf sich nicht anmaßen, für alle sprechen zu wollen.

## #aufeinwort

Als Gewerkschaft präsentieren wir uns auch in den sozialen Medien und treten mit unseren Mitgliedern in Kontakt. Die bewegendsten Inhalte von Facebook, Instagram und Twitter stellen wir ab sofort hier vor. Kritik, die in Kommentaren an uns herangetragen wird, bilden wir hier anonym ab. Den Anfang macht unsere Reaktion auf die Anfeindungen gegen GdP-Landeschef David Maaß. Der hatte im Zuge der Thüringen-Wahl Kritik an der AfD geäußert, wurde massiv attackiert und erhielt offene Drohungen. Anlass für uns festzustellen: Auch Polizisten sind Menschen und dürfen eine Meinung haben.

## Forum

**ZU:**

### Wie wir wirken

**DP 2/20**

Glückwunsch zu einem gelungenen Artikel! Nicht nur über Geschmack lässt sich streiten. Ich habe einen anderen Blickwinkel auf den Forschungsgegenstand: Ohne Ansehen der Person ein Urteil zu bilden? Müssen sich Tätowierte – fremd Aussehende – auf ewig mit den Vorurteilen der Menschheit beschäftigen? Warum erwirtschaftet die „weiße Krage-Kriminalität“ immer noch den größten Schaden im Land? Falscher Polizist prellt Seniorin in Aachen um 355 Euro. Welche Einstellungen beim Bürger werden durch eine konservative Polizeiführung manifestiert? Zwei Jahre Forschung mit 241 Zufallsbefragten! Wäre der Ruf nach bundesweiter Harmonisierung auch erschallt, wenn die 241 Personen zufällig auf der Reeperbahn befragt worden wären?

**Uwe Hacking, Alsdorf**

**ZU:**

### Umweltschutz

**DP 2/20**

Ich bin ein umweltbewusster Mensch, aber trotzdem darf die Freiheit der momentanen Greta-Manie nicht zum Opfer fallen. Mit selbstgestrickten Argumenten wird über Unwert und Wert einer Sache entschieden. Den neun abgebildeten Kölner Umwelt-Polizistinnen und -polizisten gehört die Ehrendoktorwürde verliehen.

Wohnort und Dienststelle lagen bei mir eine halbe Autostunde voneinander entfernt. Ein nerviges und ins Geld gehendes Unterfangen zu Berufsverkehrszeiten. Mit dem ÖPNV, den ich kostenlos nutzen konnte, dauerte es eine gute Stunde, manchmal auch länger, wenn mir der Bus an der Umsteigestelle vor der Nase wegfuhr. Dann stieg ich aufs Rad – 45 Minuten. Es war immer ein besonderes Erlebnis, im Sommer verschwitzt und im Winter durchgefroren anzukommen. Dann noch das Anstellen in der Duschschlange. Zum Feierabend bei Regen, Schneefall, Hitze oder Glatteis nach Hause zu fahren, machte besonders Spaß. Fahrgemeinschaften zu bilden, ein Dienstzeitproblem, besser gesagt ein Unding.

Es blieben nur zwei Möglichkeiten: laufen oder per Anhalter mit Rucksack, Blechnapf,

Brotbeutel und Feldflasche. Grüner geht es nicht. Aber da hätte der Tag 30 Stunden haben müssen. Also wieder rein ins Auto. Und wenn aus dem Auspuff so wenig herauskommt, wie aus dem Artikel, wäre die Welt abgasfrei. Mit dem Auto hätte ich den Vorteil, dass ich auf der Heimfahrt meine Unterwegsgeschäfte erledigen könnte, die ich sonst separat, natürlich mit dem Auto, tätigen müsste. Und wenn Tempo 30 kommt, fahre ich wieder Rad.

Wenn ich natürlich öfter befördert und besser bezahlt worden wäre, hätte ich mir eine Wohnung in der Nähe der Dienststelle genommen, mit fußläufigem Discounter und Kindergarten. Also alles eine Frage des Geldes und Träumereien von Gleichgesinnten.

**Günter Klingler, KG Fürth**

**ZU:**

### Veganer Polizist – ein Lauch?

**DP 2/20**

Im Gegensatz zu Herrn Wolff habe ich den besagten Artikel mit Begeisterung gelesen und danke den Autorinnen und dem Autor für ihren Mut, ihr Anliegen in diesem Forum zu veröffentlichen.

Die Polizei hinkt bei einigen Themen, die dem Fortschritt unterliegen, stets etwas hinterher. Seien es beispielsweise Frauen bei der Polizei, Digitalisierung oder Migration. Wieso sollte das also bei „Vegan“ anders sein. An welcher Stelle der Artikel beleidigende Formen annimmt, kann ich jedoch definitiv nicht erkennen.

Im Gegenteil. Die Polizei ist gut damit beraten, sich auch diesem Thema nicht zu verschließen. Viele junge Menschen beschäftigen sich heute viel intensiver mit Themen der Zeit wie Klimaschutz, Umweltschutz, wo kommt unser Essen her, zu welchen Lasten geht die Produktion unserer Lebensmittel, als es meine Generation getan hat.

Von daher kann es nicht falsch sein, hier einmal über den Tellerrand hinwegzuschauen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welchen Einfluss unsere Ernährung auf die genannten Themen besitzt.

Der Artikel tut genau das und zeigt, auch dieses Thema ist bei der Polizei angekommen. Der Anteil der Menschen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren, nimmt stetig zu. Auch die Industrie erkennt allmählich den Bedarf und erweitert ihre Palette fortlaufend. Wieso sollte also ein gewisser

Anteil sich vegan ernährender Menschen nicht auch bei der Polizei sein? Gerade bei den jungen Kollegen höre ich es immer häufiger, und ich bin der Meinung, die Polizei sollte sich ebenfalls darauf einstellen.

**Natascha Wenrich,**

**Polizeipräsident Mönchengladbach**

**ZU:**

### Neues DP-Layout

**DP 3/20**

Gerne gebe ich Ihnen mein ganz persönliches Feedback zum neuen Erscheinungsbild der DP. Alles in allem sehr gut – und frisch. Zeitpunkt gut gewählt. Ja, ein Tapetenwechsel ist dringend notwendig.

Aber! Die Grafik auf der Seite 19 und 20 der Erstausgabe dürfte ohne die Zuhilfenahme einer Lupe nur von einem sehr verschwindend geringen Anteil der Leserschaft inhaltlich verstanden werden.

Dies ist eindeutig zu klein.

**Klaus Hochscheid, Bad Bergzabern**

**ZU:**

### Neues DP-Layout

**DP 3/20**

Neu gestyltes Gewand, ja; aber was für eins! Bei aller Offenheit für Neues: Die Layouter müssen sich allen Ernstes fragen lassen, ob sie wirklich vorbehaltlos vom neuen Titelblatt unseres GdP-Magazins in seiner jetzigen Gestalt „eine deutlich spürbare Aufbruchstimmung“ erwarten oder gar das Non-plus-ultra sehen?

Sicher, über Geschmack kann man trefflich streiten. Aber bei Printprodukten sind andere Maßstäbe anzuwenden. Und solche sind, so meine ich, bei der Neugestaltung des Titelblatts nicht berücksichtigt worden. Während meiner über achtjährigen Tätigkeit als Redakteur unter anderem für vier Vierteljahresmagazine, habe ich einige Male am Layout, vornehmlich zur Verbesserung der Innengestaltung, feilen müssen. Mir wäre es jedoch bei allem Eifer und Gestaltungswillen niemals in den Sinn gekommen, eines der Titelblätter, mit seit Jahren unverkennbarer Aufmachung, so brachial zu ändern, wie es mit der DEUTSCHEN POLIZEI jetzt geschehen ist. Und dazu hat es Monate bedurft und vermutlich auch erhebliche Kosten verursacht.

Angesichts des neuen Titelblatts, der Amputation des bisherigen GdP-Magazinnamens, dürfte es unstrittig sein: Das bisherige Titelblatt war weitaus augenfälliger, signalisierte Dynamik und verlieh somit unserer GdP eine ihr auch zukommende Strahlkraft. Das neue dagegen, reduziert auf die beiden Buchstaben DP, ist wenig wirkungsvoll. DP könnte beispielsweise auch „Die Patrioten“ oder „Deutsche Partei“ bedeuten. Sind wir, die Gewerkschaft der Polizei, etwa so unbedeutend, dass der Name unserer Organisation so schamhaft klein oben links auf dem Titelblatt „versteckt“ werden musste? Ich meine nicht!

Das übrige Seiten-Layout finde ich durchaus ansprechend. Meine Empfehlung wäre – wenn vertretbar, was nicht immer der Fall ist – die meist langen (Fach-)Artikel einzudampfen, also kürzer zu halten. Ich weise dazu auf das derzeit erkennbare Leseverhalten hin, dessen Trend in Richtung kurze Artikel marschiert.

**Günther Hoffmann,  
Kreisgruppe Leer/Emden**

**ZU:**

### **Neues DP-Layout DP 3/20**

Der Kürzelwahn in Deutschland hat jetzt ja wohl auch die Redaktion erreicht. Das neue Magazinlogo hat weder einen Erkennungswert, noch irgendein ansprechendes Erscheinungsbild. Der so gelobte Grafikdesigner ist keinen Cent wert. Schade um den Aufwand!

**Klaus Leicher, Remagen**

**ZU:**

### **Neues DP-Layout DP 3/20**

In meiner 58-jährigen Mitgliedschaft habe ich mich immer wieder gefreut, wenn ich mir aus dem Briefkasten die neuesten Ausgaben unseres Gewerkschaftsmagazins holen und lesen konnte. So war es auch in diesem Monat. Doch was fiel mir in die Hände? Ein unansehnliches Heftchen mit 40 Seiten und 8 Seiten „Bayern-Teil“. Von wegen „modernes Layout“, wie auf Seite 1 beschrieben. Denkst, hättest gerne! So kann man das, was einem hier in der DP 3/20 dargeboten wird, nur beschreiben. Eine

unübersichtliche Selbstdarstellung einiger Gewerkschaftsfunktionäre auf schönem Papier, das wars! Richtig: Über den Geschmack kann man streiten, aber anders ausgedrückt: Die alte Version und Aufmachung war besser und schöner, übersichtlicher und hatte ein besseres Papier!

Also kurz zusammengefasst: Was nach neu aussieht, ist aber nicht immer auch besser. Dies hat sich im Polizeialtag schon immer herausgestellt und sollte auch bei Euch in der Redaktion beachtet werden. Ich hoffe nur, dass es viele Leserbrief und Meinungen dazu gibt und auf eine angemessene Reaktion von Euch der Redaktion!

**Heinz Marschoun, Moosburg**

**ZU:**

### **Neues DP-Layout DP 3/20**

Ich bin gespannt, ob ihr den Mut habt, meinen Leserbrief in der nächstmöglichen Ausgabe abzdrukken, und ob ihr weiterhin so couragiert seid, um einen begangenen Fehler, nämlich die sinnlose und fragwürdige Neugestaltung des Layouts zurückzunehmen. Es kommt eben nicht nur auf den Inhalt an, sondern auch auf die „Verpackung“.

Ihr habt nach unserer Meinung gefragt über das neue „Erscheinungsbild“ unserer Publikation DEUTSCHE POLIZEI. Ich bin entsetzt über das neue Layout und dass ein Berliner Grafikdesigner monatelang über das aktuelle Layout gebrütet haben soll. In welchem Auftrag und zu welchen Kosten? Ich halte die neue Aufmachung für äußerst misslungen und fragwürdig. Warum wird DEUTSCHE POLIZEI in DP umbenannt, sind wir jetzt etwa bei der Post? Es ist auf den ersten Blick nicht mehr erkennbar, dass es sich um ein Magazin der größten Polizeigewerkschaftsorganisation in der Bundesrepublik Deutschland handelt. Die Zuordnung ist kleiner, verschämter nach oben links in die Ecke gerutscht. Erst auf den zweiten Blick erkennbar, um was für ein Magazin es sich handelt. Der GdP-Stern wurde im Durchmesser auch um einen Zentimeter kleiner. Müssten wir uns etwa jetzt verstecken?

So wie wir das GdP-Magazin jahrzehntelang kannten – mit kleinen Korrekturen – war es uns lieb und teuer. In Gesprächen mit vielen Kollegen sind alle der gleichen Meinung. So freunden wir uns nie mit dem neu-

### **Kontakt zur Redaktion**

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-113  
gdp-pressestelle@gdp.de

erscheinungsbild an. Kehrt zu dem Altbewährten zurück, es muss ja nicht immer alles zum Negativen reformiert werden.

**Wolfgang Stanger, Bremerhaven**

**ZU:**

### **Der Tropfen zu viel DP 3/20**

Zum Interview in der März-Ausgabe: Als Betroffener bin ich dankbar dafür, dass das Thema „Psychische Erkrankungen im Polizeidienst“ weiterhin ein wichtiger Baustein in der Gewerkschaftsarbeit ist. Sicher haben auch die andauernde Verrohung der deutschen Sprache und die unerträglichen Aggressionen gegenüber den Vertretern unseres Staates, besonders der Polizei, beigetragen.

Das Gespräch zeigt neben auslösenden Vorfällen eine klare Analyse und gibt eine präzise To-do-Liste vor. Das Bewusstsein in den Behörden mag sich verändert haben, dass aber ein erhöhtes Bewusstsein für Betroffene vorhanden ist, bezweifle ich. Ich habe 1992 vollkommene Ignoranz erlebt. Nicht einmal grundlegende Verhaltensweisen wie Anstand, Beistand oder Unterstützung habe ich durch die Entscheidungssträger der Behörde erfahren.

Sie sind nicht einmal ihrer gesetzlichen Verpflichtung, das Tatgeschehen als Dienstunfall zu untersuchen, gefolgt. Ein auch nur geringes Interesse der Behörde an Aufklärung oder Unterstützung hat es zu keiner Zeit gegeben. Ganz abgesehen von den zutiefst verletzenden Demütigungen im Zusammenhang mit den Begutachtungen und der Entfernung aus dem Polizeidienst. Erst 2011 war der Rechtsstreit soweit abgeschlossen, so dass langsam eine Gesundung erfolgen konnte, die jedoch bis heute nicht abgeschlossen ist. Ohne Hilfe durch den GdP-Rechtsschutz hätte ich die Zeit nicht durchgestanden.

Heute sind die Sicherheitsbehörden in Sachen Psychische Erkrankungen von Mitarbeitern sicher besser aufgestellt als 1992. Meine geäußerten Zweifel erhalten durch die erste Antwort von Herrn Steffes-Holländer weitere Nahrung. Die Anzahl von Betroffenen macht mir Angst. Und deshalb glaube ich auch nicht an eine Änderung der Grundannahme. Meine Einschätzung: Vermeiden des Themas, nichts sehen, nichts hören, nichts wissen.

**Herbert Oeser, Hamm**

## Termine

### WIDERSPRÜCHE AUFLÖSEN

## VelsPol lädt zum Bundesseminar

Zum 26. Mal lädt der Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol) Interessierte zur Thematik LSBTI\* zu seinem Bundesseminar. Dieses Mal in Trier vom 16. bis 19. Juli.

**Dieter Kilian**



**L**esben, Schwule, Trans\*- und Inter\*-Menschen sind überall in der Arbeitswelt anzutreffen – auch in der Polizei, in der Justiz und beim Zoll. Dies scheint für viele ein Widerspruch. Dass dem nicht so sein muss, zeigen die VelsPol-Landesgruppen und -vereine.

Die Kolleginnen und Kollegen, die offen leben, leisten VelsPol zufolge täglich einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen – innerhalb und außerhalb der jeweiligen Behörde. Mit dem Motto „Vielfalt macht den Job!“ bekräftigt VelsPol die Gleichheit der Menschen in der Arbeitswelt und betont deren Anspruch, gleich behandelt werden zu wollen, egal welcher sexuellen Orientierung, Herkunft, Religion oder Geschlecht. Damit will der Verband nicht nur ein Signal in die Polizei hinein setzen.

### Anmeldung

Mehr zum Seminar unter:



[velspol2020.wixsite.com/bundesseminar2020](https://velspol2020.wixsite.com/bundesseminar2020)

Eine Anmeldung ist bis 25. Mai möglich. VelsPol freut sich, insgesamt 50 Seminarteilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen zu dürfen.

## Buchtipps



### Was machen wir bei der Polizei?

**D**ieses Mitmachbuch hat es in sich! Komm mit Ben zur Polizei und hilf ihm dabei, zum Einsatzort zu fahren und den Einbrecher zu fassen!

Egal, ob streicheln, schütteln oder pusten – hier werden Kinder zum Mitmachen und spielerischen Lernen animiert!

- Mitmachbuch mit Lerneffekt
- Fördert die Motorik
- Weckt den Spiel- und Entdeckertrieb

Diese Mitmachbücher für Kinder ab zwei Jahren ermöglichen einen spielerischen Einblick in verschiedene Berufe. Ob auf der Baustelle, bei der Feuerwehr, im Zoo oder bei der Polizei – hier werden Kinder immer wieder zum aktiven Mitmachen animiert. So werden Sachthemen ganz einfach und spielerisch vermittelt. Die Bücher sind außerdem perfekt geeignet für Kindergärten und Spielgruppen!

### Was machen wir bei der Polizei?

#### Ein Mitmachbuch ab 2 Jahren

Nico Sternbaum,  
Loewe Verlag, 2020  
24 Seiten, 7,95 €,  
ISBN 978-3-7432-0292-4

# DP

DEUTSCHE POLIZEI



**Nr. 4 | 69. Jahrgang 2020**  
**Magazin und Organ der**  
**Gewerkschaft der Polizei**

#### Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,90 € zzgl. Zustellgebühr  
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

#### Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
Telefon 030 399921-0  
Telefax 030 399921-200

#### Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur  
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter  
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

#### Redaktionsassistentin

Johanna Treuber  
gdp-pressestelle@gdp.de  
Telefon 030 399921-113  
Telefax 030 399921-29113

#### Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

#### Titelbild

Danica Bensmail

Die unter Verfassernamen erschienen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de), der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

#### Verlag

**Deutsche Polizeiliteratur GmbH**  
**Anzeigenverwaltung**  
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**  
Forststr. 3a, 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-183  
Telefax 0211 7104-174  
[av@vdp-polizei.de](mailto:av@vdp-polizei.de)

#### Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

#### Anzeigenleitung

Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 43 vom 1. März 2020.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

#### Druckauflage

189.677 Exemplare  
ISSN 0949-2844

#### Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 1452, 47594 Geldern  
Telefon 02831 396-0  
Telefax 02831 396-89887  
[av@vdp-polizei.de](mailto:av@vdp-polizei.de)

# STEUERERKLÄRUNG FÜR POLIZEIBESCHÄFTIGTE

Für das Steuerjahr 2019

Von **Sven Gareiß**.



1. Auflage 2019

**Umfang:** 220 Seiten

**Format:** Broschur, 14,8 x 21 cm

**Preis:** 12,50 € [D]

**ISBN:** 978-3-8011-0872-4

Gerade der Polizeiberuf bringt eine Vielzahl von Besonderheiten mit sich, die auch für die jährliche Steuererklärung von Bedeutung sind. Dieser Ratgeber verschafft Polizeibediensteten einen tiefgreifenden Überblick, was sie steuerlich geltend machen können und hilft ihnen dabei, diese Ansprüche gegenüber dem Finanzamt durchzusetzen.

Nach einer allgemeinen Einführung begleitet der Autor den Leser Schritt für Schritt von der Erstellung der Steuererklärung bis hin zu einem möglichen Einspruchsverfahren gegen den erfolgten Steuerbescheid. Einen strukturierten Überblick über die Materie erhalten die Nutzer durch die durchgängig genutzten Symbole („Hinweis“, „Merke“, „Achtung“, „Rechtsquelle“), die zudem das Verständnis für das Thema wesentlich erleichtern. Gleiches gilt für die zahlreichen Berechnungsbeispiele wie auch Musterfälle, die der Autor mit einbringt.

Damit bietet dieses Buch wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Steuererklärung, von der auch Beschäftigte außerhalb der Polizei profitieren können. Denn schließlich geht es um ihr Geld!



## DER AUTOR

*Sven Gareiß, Dipl.-Fin. (FH); Steueramtmann, ist als hauptamtlicher Dozent an der Norddeutschen Akademie für Finanzen und Steuerrecht Hamburg tätig.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# DER ALUMINIUM REISETROLLY

## ALUMAXX®

### Alumaxx AURIGA

Edles Aluminium, vier 360° Leichtlaufrollen, integriertes arretierbares Teleskoprolleysystem, ergonomischer Tragegriff, verstärkte Kanten, sicheres Schlosssystem mit Zweifachschließung und Öffnungsautomatik. Innen: Beidseitige Packmöglichkeiten durch Packtrennwand und Packgurt, Netzfächer mit Reißverschluss.

- Material Aluminium
- Maße ca. 65 x 40 x 24 cm
- Gewicht ca. 5,1 KG
- Trolleyhöhe ca. 105 cm
- Arretierbares Teleskoprolleysystem
- Ergonomischer Tragegriff
- Verstärkte Kanten
- TSA Schloss
- vier 360° Leichtlauf-Doppelrollen
- Beidseitige Packmöglichkeiten durch Packtrennwand und Packgurt
- Netzfächer mit Reißverschluss

250704 silber matt

250804 schwarz matt

🌟 149,95 € 179,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden  
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165  
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

**Letzter Bestelltermin: 30.04.2020**

Weitere Polizeiartikel und nützliche  
Produkte finden Sie unter:

[www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)